Heute Extra-Nummer „Chemie“

Klassenkampf

Kommunistisches Organ
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.30 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H., Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045. 1047. 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, 8. Juni 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 132

Faschistenterror gegen Volksentscheid-Propaganda

Stahlhelmbanden überfallen rote Frontkämpfer bei Eisleben
Organisiert die Abwehr der Arbeiterschaft!

Alarmsignale

Am Sonntag, dem 6. Juni, unternahm die Kommunistische Partei und Rote Frontkämpfer-Bund von Eisleben eine Landpartie per Auto nach den Dörfern Hedersleben und Wolferstedt. Nachdem in den ländlichen Orten eine Hausagitation von zirka 100 Personen durchgeführt worden war, kam es zu einzelnen Gruppen Stahlhelmern zu Zusammenstößen, die von den roten Frontkämpfern erfolgreich abgewehrt werden konnten. Angreifern wurden Knüppel und sonstige Schlaginstrumente abgenommen. In der Nähe von Hedersleben hatte der Stahlhelmbund eine Rotte Stahlhelmleute aus den umliegenden Dörfern zusammengeholt, die mit Gutsautos und auch Fahrrädern den roten Frontkämpfer verfolgten. Auf der Landstraße, unweit von Wolferstedt, rasten die beiden Autos zusammen. Die Stahlhelmleute versuchten die Kommunisten mit Schlaginstrumenten anzugreifen. Aus den Reihen der Stahlhelmleute wurden Revolverschüsse abgegeben, die aber niemanden von den roten Frontkämpfern verletzten. Bei dem nun erfolgten Zusammenstoß wurden den Stahlhelmern die Knüppel abgenommen. Es gelang den roten Frontkämpfern in kurzer Zeit, die Stahlhelmbande in die Flucht zu jagen. Die Stahlhelmleute erreichten auf Umwegen die Ortschaften, wo sie über die Straße ein Drahtseil spannten, um die roten Kraftwagen aufzuhalten. Weiter verfuhren die Stahlhelmleute, um den Schupo zu alarmieren. Die roten Frontkämpfer wurden, wie es scheint, geschossen zu haben. Nach Erledigung der Landagitation kehrten die roten Frontkämpfer abends nach Eisleben zurück. Hier wurden sie von der Schupo zwecks Feststellung ihrer Namen angehalten. Trotz der Provokation von seiten der Stahlhelmleute verhielten sich die Schutzpolizeibeamten einwandfrei.

•

Der erste bewaffnete Ueberfall der Stahlhelmleute auf rote Frontkämpfer ist von höchster Bedeutung. Er zeigt die Methoden, mit denen am Tage des Volksentscheids die Abstimmung und vor der Abstimmung die Agitation für den Volksentscheid verhindert werden soll. Diese Methode ist die der Einschüchterung, des Terrors und des Mordes. Besonders in schwachen Bezirken, in ländlichen Gegenden, wo die organisierte Arbeiterschaft die Faschistenterror nicht sofort verjagen kann, wird diese Methode zur Geltung kommen.

Sind die geistigen „Waffen“, mit denen die monarchistische Clique den Volksentscheid verhindern will. Im Zusammenhang mit dem heute veröffentlichten Brief Hindenburgs über den „Rechtsstaat“ als Kommentar und Begleitmusik zum Brief ist der gestrige Faschistenüberfall ein Alarmsignal für die gesamte werktätige Bevölkerung.

Gestern ist es unseren RFB.-Kameraden gelungen, die Mordgesellen in die Flucht zu jagen. Gestern haben die Schüsse der Faschisten keinen getroffen. Wenn aber nicht sofort überall Abwehrorganisationen gebildet werden, um jeden verbrecherischen Ueberfall auf Volksentscheidsversammlungen zu verhindern, dann besteht die Gefahr, daß von heute auf morgen Faschistenbanden das Leben der Anhänger des Volksentscheids im „Rechtsstaat“ unsicher machen werden.

Was ist zu tun? Ueberall, wo Einheitskomitees zur Durchführung des Volksentscheids bestehen, müssen sie ihre Abwehrmaßnahmen gegen den Faschistenterror treffen. Ueberall, wo sie noch nicht bestehen, müssen die Einheitskomitees gebildet werden. Man soll nicht sagen: „Es lohnt nicht mehr für die kurze Zeit.“ Jeder Tag, der den Zusammenschluß und den Einheitswillen der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Staatsstreich und Diktaturpläne gegen die terroristische Verhinderung des Volksentscheids zum Ausdruck bringt, ist von Bedeutung!

Der Propagandaapparat der Fürsten in Tätigkeit

Die Propagandazentrale der Fürsten will in der kommenden Woche ihre Offensive gegen Volksentscheid verstärken. Das Schreiben Hindenburgs an Loebell soll in einer Aufmachung, als wenn es sich um eine amtliche Bekanntmachung handelt, in Hunderttausenden von Plakaten vor allem an die reaktionären Guts- und Gemeindevorsteher zum Aushang versandt werden. Dann soll noch ein verlogenes Hetzflugblatt über das „wahre Gesicht des Bolschewismus“ und ein Flugblatt über die angebliche Berichteuderung von 5 Milliarden Heeresgut durch die Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 verbreitet werden. Schließlich erwähnt die Lügenzentrale noch als großen Schlag gegen die Kommunisten die angebliche Zustimmung kommunistischer Minister in Sachsen 1923 zu der Abfindung des ehemaligen sächsischen Königshauses. Die Auflagenziffer dieser Produkte der fürstlichen Lügenzentrale geht in viele Millionen.

Auch in Halle hat die Propagandazentrale der Fürsten ihre Filiale unter der Leitung des deutschnationalen Stadtverordnetenvorstehers Busse. Obzwar wir wissen, daß unsere Genossen durch diese Lügenpropaganda erst recht angestachelt werden, das letzte zum Volksentscheid herauszuholen, werden wir es trotzdem nicht versäumen, zu den Sudelblättern der Fürstenknechte in den nächsten Tagen Stellung zu nehmen.

Hindenburg, die Kamarilla und die Republik

Halle, 8. Juni.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik“. So lautet wenigstens der § 1 der Weimarer Verfassung. Diese Republik weist aber merkwürdige Aehnlichkeiten mit gewissen Monarchien auf. Auch die deutsche Republik hat ihre Kamarilla. Auch in der deutschen Republik übt diese namenlose Kamarilla auf das Staatsoberhaupt, allerdings nicht auf den Kaiser von Gottes Gnaden, sondern auf den Reichspräsidenten einen Einfluß aus, über den öffentlich meistens nicht gesprochen wird. Die Mitglieder der Kamarilla sind die sogenannten Berater des Staatsoberhauptes.

Die Aehnlichkeit geht aber weiter. Wenn in den herrlichen Zeiten der Hohenzollernherrschaft die Gefahr drohte, daß das Volk sich gegen die Politik der Herrscher auflehnt, dann wurden die schlechten Berater der Fürsten für diese Politik verantwortlich gemacht. Fürstenfreunde und angebliche Fürstenfeinde waren mit gleichem Eifer dabei, die Schuld an allen Verbrechen der Fürsten auf die bösen Berater abzuwälzen.

Diese dynastischen Sitten leben allmählich wieder auf. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Aber schwarzweißrote und schwarzrotgoldene Republikaner stehen in einem Maße unter dem Einfluß der dynastischen Ideologie, das vom Standpunkt eines vernünftigen Monarchisten wahrlich nicht viel mehr zu wünschen übrig läßt. Haben sich die deutschen Monarchisten daran gewöhnt, ihre monarchistische Gesinnung in republikanischen Formen unterzubringen, so schicken sich unsere Republikaner an, ihre schwarzrotgoldenen Gesinnung in dynastischen Formen Ausdruck zu geben. Auf der einen Seite monarchistischer Inhalt in republikanischer Form, auf der anderen Seite „republikanischer“ Inhalt in höfischer Form — das Symbol für die ganze Entwicklung heißt Einheitsflagge, schwarzes Herren- und Ritterkreuz mit schwarzrotgoldener Gösch.

Hindenburg hatte mit dem Major v. Sodenstern eine Unterredung. Wer dieser Major v. Sodenstern ist, ist aus den Enthüllungen Mahraunns, des Hochmeisters des Jungdeutschen Ordens, bekannt geworden. Nach seinem Plan sollten Berliner Großindustrielle viele Tausende von Arbeitern auf die Straße werfen und dadurch einen „Kommunistenputsch“ provozieren. Dies sollte als Veranlassung zu einem fürchterlichen Blutbad unter den Arbeitern und zur Errichtung der monarchistischen Diktatur dienen.

Warum empfing Hindenburg den Major v. Sodenstern? Weil er schlechte Berater hatte.

Der berüchtigte Präsident des berüchtigten Reichsbürgerrats, von Loebell, richtete an den Reichspräsidenten einen Brief, in dem er ihn aufforderte, in einer Kundgebung an das deutsche Volk gegen den Volksentscheid aufzutreten. Hindenburg hat dieser „Anregung nicht Folge geleistet“, hat aber in der Antwort in „längeren persönlichen Ausführungen“ gegen den Volksentscheid Stellung genommen. Loebell hat bereits diesen Brief veröffentlicht.

Warum schrieb Hindenburg an Loebell? Weil er schlechte Berater hatte. Das ist die Erklärung, die der „Vorwärts“ vom 6. Juni, die „Frankfurter Zeitung“ und die übrigen demokratischen Zeitungen geben.

Die Schwarzweißroten versuchen mit allen Mitteln Hindenburgs Person in die Volksentscheids-Kampagne hineinzubringen. Sie erklären in ihren Flugblättern, daß der Volksentscheid eine neue Hindenburgwahl ist, daß Hindenburg nach einem siegreichen Volksentscheid nicht mur unbedingt zurücktreten werde, sondern daß der ganze Zweck des Volksentscheids darin bestehe, Hindenburgs Rücktritt zu erzwingen.

Welche Antwort geben darauf unsere schwarzrotgoldenen Republikaner? Sie geben sich die größte Mühe, zu beweisen, daß sie die wahren Anhänger Hindenburgs sind und nicht die bösen Berater. Ihre einzige Absicht besteht darin, Hindenburg von seinen schlechtern Beratern zu isolieren, genau so, wie die Koalitionspolitik der SPD. dahin geht, die Deutsche Volkspartei von den bösen deutschnationalen Beratern zu trennen und für die gute schwarzrotgoldene Politik zu gewinnen.

Der „Vorwärts“ ruft schließlich pathetisch aus: „Eine Republik kann keine Kamarilla ertragen!“

Ausgezeichnet! Kann man aber die Kamarilla, die ein Ausdruck dynastischer Regierungsmethoden ist, mit den Methoden dynastischer Politik bekämpfen? Unterstützt man nicht vielmehr diese Kamarilla, indem man den Kampf gegen das System sabotiert, welches zur Kamarillawirtschaft führt? Sind die sozialdemokratischen Führer bereit, die Kamarilla zu enthüllen? Die Antwort darauf gibt die Braun-Severing-Regierung, die es nicht wagt, die Namen der monarchistischen Putschisten zu veröffentlichen und die Polizeiaktion für beendet erklärt. Die Antwort darauf gibt die SPD.-Presse, welche Meldungen über fortgesetzte monarchistische Rüstungen, wie die Enthüllungen der „Welt am Abend“ über die geheimen „Grenzschutzdivisionen“ totschweigt. Sie schweigt sie tot — aus Angst vor der Kamarilla, aus Angst, die Gunst von hohen Gönnern dieser Kamarilla in der Deutschen Volkspartei zu verlieren.

Wer in Wirklichkeit glaubt, daß die Kamarilla ein moralischer Schönheitsfehler der Republik und nicht eine notwendige Aus-

Dammbruch auf der Braunkohlengrube Alwine bei Halle

Zynischer Kommentar des Oberbergamtes

„Am vorgestrigen Vormittag ereignete sich auf der Grube Alwiner Verein Bruckdorf-Kietzlebener Bergbauvereins bei Halle ein Dammbruch. Das Oberbergamt gab hierüber folgenden Pressebericht aus:

„Heute morgen erfolgt der Tagebau der Braunkohlengrube Alwiner Verein des Bruckdorf-Kietzlebener Bergbauvereins bei Halle (Saale) nach einem wolkenbruchartigen Regen infolge Versagens des Spülkippe. Von der 850 Mann zählenden Belegschaft wird ein Teil für einige Zeit erwerbslos werden. Menschenleben sind bei diesem bedauerlichen Unfall glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.“

Der zynische Zynismus teilt das Oberbergamt mit, daß Hunderten Arbeitern wieder erwerbslos werden. Diese Mitteilung ist typisches Beispiel dafür, wie die Grubenbesitzer, von der Regierung unterstützt, selbst die Folgen von Naturkatastrophen nur auf die Arbeiter abwälzen wollen. Nach einer Zeitungsmeldung werden die Arbeiter mindestens ein halbes Jahr erwerbslos bleiben! Das Oberbergamt sich sofort damit abfindet, daß Hunderte von Arbeitern wiederum dem größten Elend preisgegeben werden, statt Maßnahmen zu treffen, um ihre Weiterbeschäftigung zu sichern, ist einfach ein Skandal. Wir fordern die Weiterbeschäftigung der gesamten Belegschaft mit Notstandsarbeiten zu Tarifbedingungen.

Gefahr weiterer Einstürze ist noch nicht vorüber. Sind alle Maßnahmen für die Sicherheit der Arbeiter getroffen?

Wie die Folgen des Dammbruchs folgt in unserer morgigen Nummer ausführlicher eigener Bericht.

Hochwasser der Saale und der Mulde

Halle. Die Saale ist seit Sonntag um 34 Zentimeter gestiegen. Der Pegel der Schleuse in Trotha zeigte am Montag einen Stand von 2,52 Metern. Der Fluß steigt weiter.

Bitterfeld. Das Hochwasser der Mulde ist innerhalb eines Tages um mehr als drei Meter gestiegen. Die Wiesen und Aecker der Niederung sind auf weite Strecken überflutet. In tiefer gelegenen Häusern der Stadt füllen sich bereits die Keller mit Wasser. Wie die vielen Tierkadaver, Planken und Geräte, die der Fluß mit sich führt, zeigen, hat das Hochwasser im oberen Lauf Verheerungen angerichtet.

Unter dem Druck der Bauern

Bayrischer Bauernbund gibt Abstimmung frei

Der Landesvorstand des Bayrischen Bauernbundes überläßt „wegen der unklaren Schlage“ die Stellungnahme beim Volksentscheid zur Fürstenenteignung seinen Parteimitgliedern.

Vergleichende Wahlresultate von Mecklenburg

	17. 2. 24 Landtagswahl	4. 5. 24 Reichstagswahl	7. 12. 24 Reichstagswahl	6. 6. 26 Landtagswahl (vorläufig)
Kommunisten	44 500	34 130	19 122	17 200
Sozialdemokraten	75 000	81 274	108 526	101 637
Deutschnat. Volkspartei	95 000	89 698	91 695	57 362
Deutsche Volkspartei	23 000	21 991	33 495	21 475
Völkische	63 000	71 660	45 832	27 700*)
Demokraten	12 000	13 165	18 040	7 930
			Mieter:	+ 7 162

Das eigentliche Vergleichsmoment mit der jetzt erfolgten Wahl ist die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. Wenn man diese Zahlen vergleicht, so wird man in allen Parteien mehr oder weniger starke Rückgänge finden. Am stärksten sind diese Rückgänge bei den Völkischen, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Aber auch die Demokraten haben schwere Verluste erlitten. Am geringsten sind die Rückgänge bei den Kommunisten und den Sozialdemokraten. Während die Wahlbeteiligung am 24. Dezember 1924 80 Prozent betrug, betrug sie bei der jetzigen Wahl wenig mehr als 60 Prozent. Das bedeutet faktisch für die Kommunisten und Sozialdemokraten, daß sie ihren Einfluß über den 7. Dezember 1924 hinaus verstärkt haben. Die Sozialdemokraten mehr, die Kommunisten weniger.

*) Wie Nationalsozialisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0001

drucksform der Hindenburg-Republik ist, hat damit vor der monarchistischen Ideologie kapituliert.

Der Volksentscheid kann und wird nur zum Siege geführt werden, als Mobilmachung aller Werktätigen, aller Notleidenden, aller Opfer des Fürstenraubzugs, des imperialistischen Krieges, der kapitalistischen Profitgier. Mobilmachung nicht nur gegen eine Kamarilla, die man nicht beim Namen zu nennen wagt, sondern gegen die monarchistisch-großkapitalistische Reaktion in ihrer Gesamtheit.

Hindenburgs Staatsstreichs-Manifest

Der Brief Hindenburgs vom 22. Mai, den Loebell veröffentlicht, hat folgenden Wortlaut:

„Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Auch von einem Erlasse an die Reichsregierung möchte ich absehen: Die Reichsregierung hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April dieses Jahres vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung den Grundsätzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Sie hat von diesem Standpunkt das Recht, sowohl in der erwähnten amtlichen Kundgebung als auch durch den Reichsminister des Innern in der Reichstagssitzung vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf das entschiedenste ablehne.

Die unter dem Reichskanzler Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregierung hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich kann daher annehmen, daß die Regierung, ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt. Was die von Ihnen berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht — meine Entschließung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheids und das sich hierauf gründende Ausführungsgesetz vorliegt und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt.

Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen meine persönliche Auffassung dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfang teile und die gleichen Bedenken wie Sie auch schon von Anfang dieser Entwicklung der Dinge an auch der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der Deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, nun aber auch als einen bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als groben Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen. Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr beachtlichen Verstoß gegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist. Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat beruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt; wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen. Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiter zu gehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen. Ich sehe hierin eine große Gefahr, die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und ideellen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Ich bin überzeugt, daß trotz der starken, vielfach wenig schönen Agitation für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volkes diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird. Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Rechnung tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundgesetz jedes Staats, dem Rechte und der Gerechtigkeit, erwachsen würde.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

gez. von Hindenburg."

Die Verschandelung des Reichsknappschaftsgesetzes vor dem Reichstag

Die Scharfmacher des mitteldeutschen Kohlenreviers für Abbau der Unterstützungssätze und weitere Stillegung

Zu Beginn der Montagsitzung vom 7. Juni des Reichstags teilt Präsident Loebe u. a. mit, daß der Generalstaatsanwalt und das preußische Justizministerium die Aufhebung der Immunität des völkischen Abgeordneten Kube wegen Anstiftung zum Morde beantragt. Scheinbar, um die „Parität" zu wahren, wird gleichzeitig beantragt, die Genehmigung zur Vorführung des kommunistischen Abgeordneten Creutzburg und der Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Buchmann zu erteilen.

Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung, ein Gesetz über private Versicherungsunternehmungen und ein Gesetz über die Gerichtskosten und Gebühren der Rechtsanwälte, werden Ausschüssen des Reichstags überwiesen.

Als Hauptpunkt erfolgt die zweite Lesung der Novelle zum

Reichsknappschaftsgesetz.

Der Berichterstatter, der sozialdemokratische Abgeordnete Becker-Herborn, verzichtet bezeichnenderweise auf das Wort, scheinbar, um zu beweisen, daß die sozialdemokratische Führerschaft diesem für die Bergarbeiter so ungeheuer wichtigen Gesetz nicht die notwendige Bedeutung beimessen.

Abgeordneter Janschek (SPD.) führt einen ziemlich erheblichen Eiertanz vor. Er meint, der Gesetzentwurf bringe in verschiedenen Teilen wichtige Verbesserungen für die Bergarbeiter gegenüber dem früheren Zustand. Andererseits sei aber auch eine Reihe von wesentlichen Verschlechterungen in dem neuen Entwurf enthalten. Die SPD. sei für die Einreihung eines möglichst großen Kreises von Versicherten in die knappschaftliche Versicherung. (Im Ausschuß nahm derselbe Janschek den entgegengesetzten Standpunkt ein, indem er gegen den kommunistischen Antrag, die Versicherten der Industriegruppe Steine, Erde, Salinen und Hütten in die Knappschaft aufzunehmen, stimmt.) Immer wieder betonte sozialdemokratische Redner, daß es noch fraglich sei, ob die Fraktion, dem vorliegenden Gesetzentwurf die Zustimmung werde, so daß nach der Rede niemand recht weiß, welche Haltung die sozialdemokratische Führerschaft nun eigentlich einnimmt.

Abgeordneter Leopold, der Grubenbesitzer und größte Scharfmacher des mitteldeutschen Kohlenreviers, wird von den Vertretern der Nationalen vorgeschickt. Er erklärt sich mit dem Gesetzentwurf absolut einverstanden. In provokatorischer Weise bezeichnet er die soziale Belastung der Berggewerkschaften für viel zu hoch. Insbesondere seien die Renten der Hinterbliebenen und Pensionäre im Verhältnis zur Vorkriegszeit zu sehr gestiegen. Er fordert einen erheblichen Abbau der Unterstützungssätze. Weitere Stillegungen im Bergbau seien zur Vollendung der Rationalisierung der Betriebe unbedingt erforderlich. Ein Vergleich mit England oder anderen Ländern sei nicht möglich, denn die deutsche Wohlfahrtsgesetzgebung spaziere in der Welt an der Spitze. (!)

Abgeordneter Winnefeld, der Renommierproletarier der Deutschen Volkspartei, erklärt sich mit der Neuregelung des Knappschaftswesens, so wie es das Gesetz vorsieht, einverstanden. Er tout mehrfach, daß der einzelne Abgeordnete seine persönlichen Wünsche nicht immer durchsetzen könne, weil man sich der Mehrheit fügen müsse. Damit kennzeichnet er am besten die Rolle, die der „Bergarbeiter" Winnefeld in der Deutschen Volkspartei, der Partei des Schwerkapitals, spielt.

Die Sitzung wurde auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Für die kommunistische Fraktion wird der Genosse Schwan zur Stellung der Partei zu der Verschandelung des Reichsknappschaftsgesetzes behandeln.

Der Flaggenerlaß von hinten herum

In einer Wählerversammlung der Demokratischen Partei anläßlich der mecklenburgischen Landtagswahlen sprach Reichsminister Dr. Külz u. a. auch über die Flaggenverordnung und führte aus, daß er keinesfalls für sie gewesen sein würde, wenn er geahnt hätte, daß sie eine derartige Aufnahme fände. Die Bestrebungen zur **Schaffung einer Einheitsflagge** wurden fortgesetzt.

Das ist die Vorderansicht!

*

Die „Frankfurter Zeitung" entnimmt der in Barcelona erscheinenden „Deutschen Zeitung für Spanien" das Programm für einen „Deutschen Tag", der anläßlich des Besuches zweier deutscher Linienschiffe angesetzt war. Im Anschluß an dieses Programm findet sich folgende, offenbar vom Deutschen Generalkonsul ausgehende Notiz:

„Auf Grund der bekannten Flaggenverordnung des Herrn Reichspräsidenten sind die deutschen Konsularbehörden in Spanien soeben angewiesen worden, anläßlich des Flottenbesuches bei besonderen Empfangsfeierlichkeiten neben der Reichsflagge die verfassungsmäßige Handelsflagge zu setzen. Die Deutsche Regierung legt dabei, um eine Einheitlichkeit der Kundgebung sicherzustellen, den größten Wert darauf, daß auch die deutsche Kolonie bei dem gleichen Anlaß ihrerseits lediglich mit verfassungsmäßigen Farben flaggt. Als solche kommen also die schwarzrotgoldene Nationalflagge und die schwarzweißrote Handelsflagge (mit schwarzrotgoldener Gösch) in Frage, wie letztere bei der Deutschen Handelskammer in Spanien Verwendung findet."

Das ist die Hinteransicht.

Ganz klar geht aus letzterer Meldung hervor, daß das in Deutschland zuzeit noch geplogene Gerede von der Schaffung einer Einheitsflagge nur demagogisches Gerede zur Beruhigung besonders der rebellierenden Reichsbannermitglieder ist. Ist dann im Ausland nach Art obiger Anweisung die schwarzweißrote Flagge allgemein eingeführt, wird man unter Hinweis etwa, daß diese Regelung (im Sinne der Monarchisten) sich bewährt habe, die alte Flagge allgemein ohne Widerstand angenommen worden sei und ihre Zurücknahme eine Verletzung „heiligster Gefühle der Nation" darstelle, die noch gläubigen Republikaner vor vollendete Tatsachen stellen. Damit werden die Arbeiter im Reichsbanner um eine neue Enttäuschung über den Wert der „demokratischen" Republik reicher sein.

Wir werden diese Enttäuschung zur Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeitermitglieder des Reichsbanners ausnutzen müssen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Die technische Hochschule Hannover dem Boykott verfallen. 1500 Studenten haben in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Affäre Lessing demonstrativ Hannover verlassen und sind im Sonderzug nach Braunschweig gefahren. Sie wollen sich teils dort, teils in Danzig einschreiben lassen. Die technische Hochschule in Hannover steht so mit ihren großen Gebäuden und ihrem riesigen Lehrstab verlassen da. Da das preußische Kultusministerium keine Anstalten trifft, die Aufnahme der hannoverschen Studentenschaft in andere Universitäten zu unterbinden, wird das Kultusministerium bald gezwungen sein, den Studenten Hannovers vollkommen nachgeben und den Professor Lessing von seinem Posten abzuberufen. Es solches Zurückweichen wäre das Signal für die restlose Ausmerzung aller irgendwie linkseingestellten Professoren.

Trauerfeierlichkeiten für Oeser. In den Räumen der Reichsbahngesellschaft fanden gestern die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generaldirektor der Reichsbahn, Oeser, statt. Die Mitglieder der Regierung nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil. U. a. sprachen am Sarge der neue Generaldirektor Dorpmüller und der Präsident des Verwaltungsrates, v. Siemens, die beide den Tod Oesers nicht abwarten konnten, um sich den Generaldirektorposten zu sichern.

Abgeblitzt. Das Reichsbanner sollte zu den Trauerfeierlichkeiten für Oeser eine Fahnendelegation entsenden. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn hat aber diese Delegation abgelehnt. Die Kranzlisten wollen unter sich bleiben. Die Reichsbannerarbeiter müssen dafür sorgen, daß man sie nicht zu einem würdelosen Rachtanz benutzt. Nicht den Kapitalisten nachlaufen, sie bekämpfen, ist notwendig.

Ludendorff läßt sich scheiden. Ludendorff soll nach bürgerlichen Pressemeldungen eine Scheidungsklage erhoben haben. Seine Frau scheint ihm nicht mehr zu gefallen. Ob sie jüdisch genug ist, wie böse Zungen zu reden wissen, ob sie ihre Stimme für den Volksentscheid ausgesprochen hat? Wer kann das wissen?

Ein mißlungener Volksentscheid. Nach den jetzt endgültig vorliegenden Meldungen ist der Volksentscheid in Schaumburg-Lippe wegen das Anschlusses an Preußen negativ ausgefallen. Es stimmten 8590 für, 9947 gegen den Anschluß.

Die Levinè-Gedenkfeier in München verboten. Unsere Genossen in München wollten aus Anlaß der siebenjährigen Wiederkehr der Hinrichtung des Genossen Levinè auf dem Friedhof in München zu ehren. Sie wurde jedoch von der Polizeidirektion München verboten. Noch die Toten jagen der bayrischen Regierung eine Scheu ein, daß sie Gedenkfeiern niederknüppeln läßt.

Die ersten Zusammenstöße in Genf. In der Montagsitzung des Völkerbundsrats ist es gleich zu Anfang zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Spanien und Brasilien fordern weiterhin ständige Ratssitze — der Haupttreiber ist Frankreich; Emil Vandervelde fordert als Gegengewicht einen Ratssitz für die Türkei. Die Auseinandersetzungen waren so heftig, daß man für Dienstag eine Sitzung ausfallen läßt.

Weiterer Frankensturz. Der Franken ist gestern wieder gesunken. Das englische Pfund notiert mit 161,30 Franken. Die französische Regierung erwägt Einführung von Brot-, Zucker- und Kohlenkarten.

Wupeifu gefangen? Wupeifu soll, nach amerikanischen Blättermeldungen, von seinen eigenen meuternden Truppen gefangengesetzt worden sein. Wenn sich diese Meldung bewahrheitet, wird dies einen großen Erfolg für die revolutionäre Volksbewegung in China bedeuten.

Staatspräsidentenwahl in Litauen. Der litauische Sejm wählte in seiner heutigen Nachmittagssitzung mit 50 von 79 Stimmen den Abgeordneten Dr. Grinius zum Präsidenten der Republik Litauen. Dr. Grinius gehört der Volkspartei, der stärksten Partei an, die mit 22 Abgeordneten die stärkste Partei des litauischen Sejms ist und bürgerlich-radikale Politik verfolgt.

Vom Fall Lessing zur Studentenrevolte

Im März 1925 hatte der Professor Lessing von der Technischen Hochschule in Hannover einen Artikel in einer technischen Zeitung gegen Hindenburg geschrieben. Ein ganz harmloser Artikel. Kurz zuvor hatte er sich erlaubt, einige Artikel für die linksdemokratische Presse über den Fall Haarmann zu schreiben, die einen scharfen Angriff darstellten auf die Polizeiorgane Hannovers. Darüber hinaus ist Professor Lessing Jude. Diese drei Tatsachen genügten, um die nationalistische Meute an der Technischen Hochschule in Hannover in Harnisch zu bringen. Sie protestierte, ließ Resolutionen annehmen und trieb das Spiel soweit, bis der Kultusminister nicht etwa gegen den Studentenmob vorging, sondern dem Professor Lessing eine Rüge erteilte.

Im Mai dieses Jahres begann Professor Lessing seine Vorlesungen wieder aufzunehmen. Dreimal hat er im vorigen Monat versucht, seine Vorlesungen zu halten. Er wurde jedesmal von der wildgewordenen Meute der Studenten daran gehindert. Die „Vossische Zeitung" gibt in ihrer letzten Sonntag-Ausgabe eine Schilderung von den Skandalszenen, die sich im Hörsaal und vor dem Hörsaal ereignet haben. Nicht nur, daß die Studenten das Glasdach des Kollegsaals zertrümmert haben, nicht nur, daß sie Barrikaden bauten, um Lessing am Sprechen zu hindern, sie drangen auch täglich gegen ihn vor und scheuten nicht davor zurück, seine Frau in der rohsten Weise anzupöbeln. Diese Szenen in der Technischen Hochschule zu Hannover sind wohl das größte Skandalstück, das sich die deutsche Studentenschaft geleistet hat. Alle diese Szenen ereigneten sich in Gegenwart des Rektors der Technischen Hochschule. Der Oberpräsident Noske, der diesem Skandal ohne weiteres durch ein Polizeiaufgebot hätte Einhalt gebieten können, wich vor dem Studentenpöbel genau so zurück, wie der Rektor der Technischen Hochschule. Es ist typisch, daß dieser Bravo der Konterrevolution, der nicht genug im Blut waten konnte, wenn es gegen die Arbeiter ging, machtlos wird, sobald es sich um Bourgeoissöhnchen handelt, die mit allen Mitteln brutaler Gewalt sich durchsetzen wollen.

Freitag nun hatte man sich endlich entschlossen, zehn der größten Krakeler von der Technischen Hochschule zu verweisen. Sie sind gewiß heute schon an einer anderen Hochschule mit offenen Armen empfangen worden. Darüber hinaus soll gegen eine Reihe von Studenten ein Verfahren wegen Nötigung eröffnet werden. Man kennt das ja. Das Verfahren wird angesetzt — um im Sande zu verlaufen.

Soweit waren die Dinge bis Freitag nachmittag gelaufen, als am Sonnabendvormittag die gesamte Studentenschaft Hannovers im Sonderzug nach Braunschweig fuhr, um sich dort auf der Technischen Hochschule einzeichnen zu lassen. Diesem Auszug aus Hannover waren Verhandlungen mit der Braunschweiger Studentenschaft vorausgegangen, die ihrerseits Garantien geboten hatte, die gesamte Studentenschaft Hannovers in Braunschweig aufzunehmen. So liegen im Augenblick die Dinge.

Was wird die Folge sein? Die Entvölkerung der Technischen Hochschule in Hannover wird die preußische Regierung zwingen, dem Willen des hannoverschen Studentenpöbels nachzugeben. Professor Lessing wird seine Entlassung einzureichen haben. Die Studenten werden alle ihre Forderungen durchdrücken und die Reaktion wird wieder einmal mit terroristischen Mitteln auf der ganzen Linie triumphiert haben.

Warum ist diese Studentenrevolte in Hannover, die eigentlich eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie ist, für die Arbeiterschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung? Sie ist ein Musterbeispiel dafür, wie durch kleinliches Beigehen, durch Beschäftigenwollen die Reaktion nur gestärkt und nicht gemindert wird. Das preußische Kultusministerium, das den liberalen Kultusminister Becker zum Chef hat, ist durch den Ausgang dieses Skandals, durch den Wegzug der Studenten aus Hannover, tatsächlich zum Gefangenen dieses Studentenpöbels geworden, der — von allen deutschen Universitäten stiegen ihm Sympathiekundgebungen zu —, angeregt durch diesen Erfolg, weiter vorstoßen wird, um die letzten Reste linksgerichteter Professoren aus allen deutschen Universitäten auszumerzen. An diesem Beispiel kann man genau erkennen: Mit Mundspitzen ist nichts getan, hier muß gepfiffen werden, hier kann nur der eiserne Besen der Revolution helfen.

Wer weiß das nicht?

Blüten des Kapitalismus

Um den Raub der 2½ Milliarden Volksvermögen durch die Fürsten zu verteidigen, schwingt sich die gestrige „Allgemeine Zeitung" unter der Ueberschrift „Wer weiß das?" — „Blüten der Revolution" zu einem Artikel auf, der davon spricht, daß 48 Milliarden deutsches Volksvermögen nach der Revolution veruntreut oder Schiebern und Volksparasiten zugeführt worden sei. Der „Allgemeinen Zeitung" kommt es auf eine Milliarde mehr oder weniger nicht an. Wie sie ausgerechnet zu den 48 Milliarden kommt, mag der Teufel wissen.

Wir wollen der „Allgemeinen Zeitung" etwas auf die Sprünge helfen und ihr sagen, wie tatsächlich 48 Milliarden — um die Zahl zu nennen — zustande kamen. Wir wollen wir uns nicht streiten — zum Teil gegangen sind. Der großen Teil davon haben die Reparationskosten verschlungen. Das Resultat jener herrlichen Zeiten, denen uns Wilhelm entgegengeführt hat. Den anderen Teil hat die Inflation verschlungen, die die deutschen Kapitalisten nicht genug die Mark in den Grund jagen konnten, um sich mühelos „Sachwerte" zu sichern. 8 Milliarden hat allein der passive Widerstand im Jahre 1923 kostet unter der Aera Cuno-Helfferich.

Das sind so die großen Posten, aus denen sich etwa die Summe der 48 Milliarden zusammensetzen dürfte. Das Resultat ist, daß viele Hunderttausend, ja Millionen von Existenzen ruiniert worden sind, und denen die Leute um die „Allgemeine Zeitung", die Hindenburg und die Deutschnationalen jede Aufwertung, jede rigorosen Gesetzen unterbunden haben. Es gibt Schieber, Wucherer, Parasiten und ihre Beschützer. Wenn die „Allgemeine" nicht zu der ersten Kategorie gehört, gehört sie zum mindesten zu der zweiten Kategorie, denn sonst müßte sie dafür eintreten, daß den Aufwertungsopfern und allen Geschädigten ihr Hab und Gut wieder zurückgegeben würde. Sie wehrt sich aber mit Händen und Füßen dagegen. Gerade sie und ihre politische Umgebung gehört zu den Nutznießern der deutschen Revolution. Wie steht es zum Beispiel mit Riebe-Montan, dessen geistiger Ausfluß doch die „Allgemeine Zeitung" ist? Sind in diese Betriebe nicht auch nur so die Millionen nach der Revolution geflossen? Was die Pensionen der „Kriegsmärtyrer" anlangt, die, nebenbei gesagt, nicht die Höhe der früheren Offizierspensionen erreichen, so können wir der „Allgemeinen Zeitung" versichern, daß diese „roten Märtyrer", Bauern, Prinzen, Scheidemann usf. mit der Bourgeoisie alles, mit der werktätigen Bevölkerung nichts zu tun haben. Diese Herren sind aus bürgerlichem Holz geschnitzt, auch wenn sie früher einmal Proletarier gewesen sind.

Daß die Herren aus der „Allgemeinen Zeitung" sich ausgerechnet jetzt darüber aufregen, daß Deutschland das Eldorado der Schieber und Kapitalisten geworden ist, ist ein plumper Versuch, das Volk weiter dumm zu machen, den Raub der Fürsten nicht zu sehen. Das Volk beginnt den ganzen kapitalistischen Raub zu sehen. Und wenn es sich im Augenblick die Fürsten vorläufig gefallen läßt, so deshalb, um Kraft zu sammeln, später über die Fürsten und ihre Schiebergesindel und seinen Schreibern von der „Allgemeinen Zeitung" fertig zu werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0002

Der neue Kurs in Polen

K. S. Das, was sich in den letzten Wochen in Polen ereignet hat, erneut den Beweis dafür geliefert, daß eine wirkliche Demokratie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, wo ein erbitterter Klassen- und nationaler Kampf tobt, nicht existiert. Selbst die von den Sozialdemokraten so vergötterte formale „Demokratie", in der der Schein der Demokratie gewahrt werden soll, hat vor dem heutigen europäischen Staatenleben vollständig Schiffbruch erlitten. Wir wissen ja alle sehr gut, wie bei uns die Sozialdemokraten großen Wert darauf legen, daß ja nichts Verfassungswidriges" geschehen solle und daß die bestehenden Gesetze heilig gesprochen werden. Ebenso steht es auch mit den polnischen Sozialdemokraten, zu denen offiziell auch Pilsudski gezählt wird. Und nun hat dieser selbe Pilsudski auf „verfassungsmäßigem Wege", ohne vorher beim Parlament um Erlaubnis zu bitten, die reaktionäre Regierung Witos gestürzt! Darob natürlich große Bestürzung im sozialdemokratischen Lager, besonders beim „Vorwärts", der feststellen mußte, daß es Sozialdemokraten gibt, die den Bruch der Verfassung nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts vorgehen.

Aber es stellte sich doch sehr bald heraus, daß Pilsudski doch kein „überzeugter Demokrat" sei. Es hieß, er wolle die Nationalversammlung einberufen, um seinen Vorstoß gegen die Regierung nun zu „legalisieren". Die Nationalversammlung wurde auch tatsächlich einberufen, wobei sie Pilsudski selbst zum Präsidenten wählen sollte. Am Tage vor der Präsidentenwahl lud Pilsudski die Parteiführer zu sich ein und drohte, nachdem er vorher seine undemokratische Ueberzeugung hervorhob, eine offene Diktatur zu proklamieren, falls nicht ein „würdiger" Mann zum Präsidenten der Republik gewählt würde. Auf diese etwas eigenartige Art versuchte Pilsudski seinen Staatsstreich zu „legalisieren". Die Drohung hat wenig Eindruck gemacht. Während die Mitglieder der aus Sejm und dem Senat zusammengesetzten Nationalversammlung 292 Stimmen Pilsudski zum Präsidenten wählten, entfielen auf Kandidaten der Rechten, dem Posener Wojewoden Grafen Sniadecki 198 Stimmen, und 61 Wähler enthielten sich der Abstimmung. Pilsudski lehnte daraufhin die Wahl ab, weil die Abstimmung zeigte, daß er „nicht das Vertrauen aller Kreise genieße" habe. Somit ist die Welt Zeuge folgender Groteske geworden: Zuerst wird die Regierung der Rechtsparteien mit Hilfe von Flugzeugen, Tanks, Geschützen und anderen nicht gerade „verfassungsmäßigen" Mitteln gestürzt und dann werden diese Parteien gezwungen, darum gebeten, doch ja das Vertrauen nicht zu versagen. Es ist deutlich tief bedauerlich, daß seinerzeit die russischen Bolschewiken vergessen haben, ihre Revolution zu „legalisieren". Dann brauchten sie ruhig schlafen und der „demokratische Gedanke" wäre gesichert.

Freitag Pilsudskis wurde nun an seine Stelle zum Präsidenten der Direktion der Stickstoffwerke von Cherzow, Professor Ignaz Moscicki, gewählt. Doch der Witz „mit Achtung der Demokratie" war damit noch nicht zu Ende. Pilsudski und sein Ministerpräsident Bartels arbeiten ein Programm aus, das eine „wirtschaftliche und politische Gesundung des Landes" herbeiführen soll. Zur Ausführung dieses Programms muß der Sejm der Regierung außerordentliche Vollmachten geben, dann sollen die Herren Abgeordneten für mehrere Monate nach Hause geschickt werden. „Es ist alles schon einmal dagewesen" sagte Nikolai Ulitin, als der Reichsbannerkamerad Marx sich müde und redlich bemühte, aus Deutschland eine Hochburg der deutschen Reaktion zu machen. Nun soll jetzt dieser Spaß auch in Polen wiederholt werden.

Wir haben mit Absicht die Aufmerksamkeit des Lesers auf diese neuen Vorgänge gerichtet, weil wir einleitend bereits gesagt haben, daß sie den Beweis dafür erbringen, daß eine „Demokratie" innerhalb des Kapitalismus lediglich in der Phantasie einiger Sozialdemokraten existiert.

Es fragt sich, wie liegen nun gegenwärtig die Dinge in Polen? Der Erfolg Pilsudskis ist auf die Unterstützung der breiten Massen im seinem Kampf gegen die Reaktion und den Großgrundbesitz zurückzuführen. In Polen spielen die Agrarverhältnisse fast dieselbe Rolle wie seinerzeit im alten Rußland. Von den 26 Millionen Einwohnern der polnischen Republik wohnen auf dem flachen Lande 18 Millionen, also die überwiegende Mehrheit. Die Agrarverhältnisse sind deshalb ausschlaggebend für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Indessen befinden sich über 60 Prozent des bebauten Landes in den Händen eines kleinen Kreises von Großgrundbesitzern. Diesem kleinen Häufchen steht eine Masse der landhungrigen Bauernbevölkerung gegenüber. Das wird noch dadurch verschärft, daß zu den sozialen Gegensätzen noch die nationalen hinzukommen. So z. B. sind in Ostpolen die Großgrundbesitzer Polen und die Bauern Ukrainer, „Ostpolen", d. h. in dem Grenzgebiet mit Sowjet-Rußland sind die polnischen Großgrundbesitzer der weißrussische Bauer. Ueber die schwierige finanzielle und wirtschaftliche Lage Polens wurde schon so viel geschrieben, daß es sich nicht lohnt, sie nochmals zu schreiben. Die wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Verhältnisse in Polen bilden die Basis für die unvermeidliche kommende politische Revolution. Es ist klar, daß Pilsudski die Hoffnungen der breiten Massen, vor allem der Bauern, nicht enttäuschen darf. Daß die politische Bandbreite, Polen, auf einen Kampf mit Pilsudski verzichtet hat, daß Pilsudski das Vertrauen der Bauern gewinnen will und als Präsident ein Vertreter der Interessen der Großindustrie gewählt wurde, sind alles Beweise dafür, daß der neue Kurs die strittigen politischen und sozialen Fragen im Sinne der Forderungen der polnischen Arbeiter und Bauern nicht lösen wird. Die Aktionen der Selbsthilfe der armen Bauern gegen die Pilsudski-Militär schickte, sind der Anfang der Periode des Kampfes gegen Pilsudskis Verrat am arbeitenden Volke.

Schon fühlen die polnischen Sozialdemokraten, daß sie die Fühlung mit den Massen verlieren. Es ist ein bezeichnendes Symptom, daß die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang ihren eigenen Präsidentenkandidaten aufgestellt haben, um den Massen eine Illusion vorzutäuschen. In jenen Tagen, in denen in den Straßen Polens Blut geflossen ist, schien es dem werktätigen Volke so, daß ihm die Sonne der Befreiung von der sozialen und nationalen Unterdrückung entgegenzuleuchten beginnt. Die Enttäuschung, die angesichts des Pilsudski-Kurses jetzt kommen muß, wird eine Stärkung der revolutionären Bewegung mit sich bringen. Die Spießer ist jetzt die „Revolution" in Polen, wie er den Pilsudski-Staatsstreich nennt, zu Ende. Doch für das werktätige Polen heute, die soziale Revolution erst jetzt begonnen. Wir sind vielleicht schon in der nächsten Zeit Zeugen schwerster Erschütterungen in Polen werden können, in denen die KP. Polens die Führung der Massen übernehmen wird.

Herabsetzung des Reichsdiskontsatzes

Zentralausschuß der Reichsbank beschloß, den Reichsdiskontsatz um 2 v. H. herabzusetzen, so daß nunmehr der Reichsdiskontsatz 6 v. H. beträgt.

Für diese Arbeiter zunächst unverständliche Meldung besagt, daß die Reichsbank bei Uebernahme und Auszahlung von später fälligen Wechseln einen geringeren Zinsabzug berechnet als bisher. Die Reichsbank greift dadurch in die Entwicklung des Geldmarktes durch eigene Initiative ein, sondern folgt nur der Entwicklung, die sich unter fortgesetzten Herabsetzung der Privatdiskonte vollzogen hat. Die Ursache für diese letztere Erscheinung, der Kreditbedingungen, ist die sogenannte Geldflüssigkeit in Deutschland. Die Geldflüssigkeit selbst ist aber nur die Folge der allgemeinen Kapitalnot, die neue Kapitalanlagen verhindert. Unternehmer, die die Großunternehmer und die Banken infolge ihrer Monopolstellung über überflüssige Kapitalien, die sie auf dem Kreditmarkt anbringen wollen. Schließlich besteht zwischen den Zinssätzen des internationalen Geldmarkt und denen in Deutschland immer ein großer Unterschied, der zur Herabsetzung der Zinssätze führt.

Wird die deutsche Regierung jetzt endlich bereit sein, einzuwirken, daß die Wucherzinsen der Banken, die die Rußland-Kredite verhindern, ebenfalls herabgesetzt werden?

Die Wahlen in Mecklenburg

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Am Sonntag fanden in Mecklenburg die Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag statt. Der Wahlkampf war nur von kurzer Dauer, da die Brandenstein-Regierung ein Interesse daran hatte, eine möglichst breite Aufklärungskampagne über ihre arbeiterfeindliche Politik vor der werktätigen Bevölkerung zu verhindern. Trotzdem haben die **bisherigen Regierungsparteien in Mecklenburg eine schwere Niederlage** erlitten. Durch die starken Stimmverluste der Deutschnationalen und der Völkischen, auf die sich die Regierung Brandenstein in der Durchführung ihres arbeiterfeindlichen Kurses stützte, ist die bisherige Grundlage der Regierung zerstört worden. Als einzige Partei haben die Sozialdemokraten erfolgreich im Wahlkampf abgeschnitten und Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Die Sozialdemokratische Partei steht mit über 100 000 Stimmen an der Spitze und wird voraussichtlich im neuen Landtag, dessen Mandatszahl durch die Brandenstein-Regierung wesentlich herabgesetzt worden ist, 17 Mandate erhalten.

Die Kommunistische Partei hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 17 200 Stimmen erhalten. Diese Stimmenzahl bedeutet gegenüber dem Wahlergebnis vom 7. Dezember 1924 einen Verlust von 2000 Stimmen. Im Vergleich zu der Stimmenzahl, die die Partei bei der Präsidentenwahl erhielt, ist eine Stimmenzunahme zu verzeichnen. Im ersten Wahlgang zur Präsidentenwahl erhielt die Partei 10 370, im zweiten Wahlgang 11 846 Stimmen. Trotz dieses Stimmenzuwachses gegenüber den Präsidentenwahlen ist das Ergebnis der Landtagswahl für die Partei unbefriedigend. Es ist Aufgabe der Partei, kritisch zu untersuchen, worin die Ursachen für den Mißerfolg der Partei liegen.

Die Partei ist unter den bestehenden politischen Voraussetzungen in den Wahlkampf gegangen. Die objektive Lage war durchaus günstig. Durch die von der KPD. organisatorisch und politisch geführte Kampagne für den Volksentscheid hat die Partei die Sympathien der breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung gewonnen. Der politische Einfluß der Partei auf die Arbeiterschaft ist im Wachsen begriffen. Die Ursachen für den schlechten Wahlausfall der mecklenburgischen Landtagswahlen für die Partei müssen auf anderem Gebiet liegen.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Partei in Mecklenburg eine sehr schwache und schwache Organisationsbasis hat. Das gilt nicht nur für die ländlichen Gebiete in Mecklenburg, sondern auch für die Industriestädte, wie Rostock, Wismar, Boitzenburg usw. Das führte dazu, daß die Wahlkampagne nicht mit der notwendigen Initiative und Kraft durchgeführt werden konnte. Dieser Mangel trat insbesondere gegenüber den starken Positionen, über die die SPD. sowohl in den Industriestädten wie auf dem Lande verfügt, in Erscheinung. Entscheidender aber als dieser Mangel war die mangelnde politische Initiative unserer Mecklenburger Parteiorganisationen, die in der Führung der Wahlkampagne zum Ausdruck kam. Die mecklenburgische Parteiorganisation und ihre Vertreter im Landesparlament wie in den Kommunen haben nicht verstanden, sowohl gegenüber der Regierung Brandenstein und ihrer arbeiterfeindlichen Politik, wie auch gegenüber der doppelzüngigen Politik der SPD.-Führer eine zielklare, kommunistische Politik zu treiben und ihre Politik den werktätigen Massen verständlich zu machen. Die Partei und ihre Vertreter im Parlament beschränkten sich darauf, den Kampf gegen die Regierung Brandenstein rein parlamentarisch zu führen. Sie versäumte die Mobilisierung der werktätigen Bevölkerung außerhalb des Parlaments gegen die Politik der Regierung Brandenstein und war dadurch nicht in der Lage, die Masse der SPD. gegenüber der Regierung Brandenstein vor der breiten Oeffentlichkeit zu entlarven.

Diese Fehler unserer Partei in Mecklenburg führten dazu, daß es der SPD. leicht möglich gemacht wurde, in der Wahlkampagne die Führung an sich zu reißen. Dabei kam der SPD. ihre Ueberlegenheit in der Presse wie auch in organisatorischer Hinsicht gegenüber der Partei zugute.

Unsere Parteiorganisation in Mecklenburg muß aus dem Ergebnis der Landtagswahlen die notwendigen Lehren ziehen. Sie muß die Mängel und Schwächen politischer und organisatorischer Natur, die sich im Wahlkampf gezeigt haben, unterlassen und ihre Abstellung herbeiführen. Sie muß insbesondere ihr organisatorisches Fundament verbreitern und festigen. Sie muß verstehen lernen, die im Wahlkampf zum Ausdruck gekommenen Sympathien der ländlichen werktätigen Bevölkerung, die zwar unseren Versammlungsrednern zustimmten, aber noch nicht durch Abgabe des Stimmzettels für die KPD. ihre Verbundenheit mit der Partei demonstrierten, zu stärken und durch unermüdliche Kleinarbeit auch organisatorisch zu erfassen. Die Parteiführung muß insbesondere durch eine zielklare, auf Massenarbeit eingestellte kommunistische Politik die durch das Wahlergebnis aufgezeigten Schwächen überwinden und dadurch den Weg freimachen für den Aufstieg der Partei.

Der Ausgang der Mecklenburger Landtagswahlen ist für die Gesamtpartei eine ernste Warnung. Die mangelhafte organisatorische Fundierung der Partei in den Massen, die geringe politische Initiative, die in diesen Organisationen noch vorhandene Passivität und nicht zuletzt die mangelnde kollektive Zusammenarbeit der verantwortlichen Parteiarbeiter machen es der Gesamtpartei zur gebieterischen Pflicht, die krankhaften Auswüchse des Parteilebens auf das schnellste zu beseitigen. Nur dann wird die Gesamtpartei in der Lage sein, die ihr gestellten Aufgaben durchführen zu können.

Für den Volksentscheid — gegen den Volksentscheid

Das doppelseitige Gespann der Demokraten

Die Demokraten haben ihren Parteikarren doppelseitig bespannt. Das eine Gespann zieht in der Richtung zum Volksentscheid, zur Fürstenenteignung — das andere Gespann zieht vom Volksentscheid hinweg.

Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, fordern 600 Millionen und vertrauen auf Gott, Hindenburg und die Dummheit des deutschen Volkes, daß sie uns pünktlich ausgezahlt werden.

Der Vertretertag der Demokratischen Partei Württembergs am Sonntag, dem 6. Juni, sprach sich einhelig für eine Beteiligung an der am 20. Juni stattfindenden Abstimmung aus. Eine Beeinträchtigung der Bewegungsfreiheit der „Ja"-Stimmer wurde geschlossen zurückgewiesen und völlige Freiheit jedes Einzelmitgliedes in seiner Stellungnahme beschlossen. Unter allen Umständen sollen jedoch die Mitglieder der DDP. an der Abstimmung teilnehmen.

*

Der Demokrat und „derzeitige" Republikaner, Reichsminister Külz, sprach sich in einer Wählerversammlung der Demokratischen Partei **entschieden gegen den Volksentscheid** aus, der zu einem Eingriff in das Privateigentum führen könne.

*

Herr Külz ist eben als Reichsminister nicht so dem Druck der demokratischen Parteimitgliedschaft ausgesetzt, wie die Vorstände seiner Partei. Darum versucht er in entgegengesetzter Richtung zu ziehen, aber die Wähler der Demokratischen Partei werden eher den demokratischen Parteikarren auseinanderreißen, als sich vom Weg zur Enteignung der Fürsten abbringen lassen.

„Auf diesen Wegen schreiten wir voran"

Die letzte Nummer der pazifistischen Zeitung: „Das andere Deutschland" veröffentlicht kommentarlos folgendes Zitat aus einer Rede Hörsings zum Volksentscheid:

„Die Frage des Volksentscheides ist aufgeworfen worden. Wir sollen die Führung übernehmen. Mit aller Deutlichkeit lehnen wir solches Ansinnen ab, da die Parteien sich nicht auf einer gemeinsamen Basis gefunden haben. Nur den Saalschutz für die Versammlungen, ohne Rücksicht, welche Parteibeschlüsse vorliegen, übernehmen wir. Auf diesen Wegen, die ich kurz andeutete, wollen wir voranschreiten, für unser Vaterland, für die deutsche Republik."

Auf diesen Wegen schreitet das RB. solang voran, bis selbst diese Republik und diese schwarzrotgoldene Fahne zum Teufel gehen.

ADGB.-Aufruf zum Volksentscheid

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 7. Juni.

Der Berliner Ortsausschuß des ADGB., des AfA.-Kartells und des AdB. erlassen einen Aufruf zum Volksentscheid, indem sie zur Unterstützung des Volksentscheids auffordern, aber ängstlich vermeiden, mehr zu sagen, als daß der Kampf um die Frage der Monarchie oder Republik geht.

Femeausschuß

Im Femeausschuß des Reichstages wurde die Vernehmung über den Fememord an Baur (München) weitergeführt. Aus den Aussagen der Zeugen ergeben sich verschiedene bemerkenswerte Einzelheiten über die faschistische Bewegung vom Jahre 1923 und das Verhalten der Polizei.

Der Zeuge Puttkamer hatte 1923 als Berichterstatter für verschiedene Zeitungen für das Reichskommissariat und für preußische Stellen Berichte über die Faschisten gesammelt und sich für diesen Zweck an den später ermordeten Baur herangemacht, der ihm erzählte, daß er ein Attentat auf Scheidemann durchführen wolle. Um aus Baur mehr herauszuholen, hat Puttkamer ihn in seinem Unternehmen zu unterstützen versprochen. Baur wurde über die Angelegenheit verhört und freigelassen. Puttkamer aber zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der deutschnationale Schaefer (Staatsanwalt in Schweidnitz) spielte in seiner Fragestellung darauf hin, daß Puttkamer, der seinerzeit auch wegen Mordverdachts an Baur verhaftet war, doch große Mitschuld an Baurs Tod habe. Darauf wandte sich Puttkamer gegen die Deutschnationalen: „Sie wollen ablenken davon, daß sie Mörder gegen unsere Führer gesandt haben". Darauf spielte die Rechte in größter Entrüstung und verlangte Bestrafung. In geschlossener Sitzung wurde lange diskutiert und schließlich gegen die kommunistischen Stimmen beschlossen, Puttkamer zu rügen.

Auf Befragen teilte v. Puttkamer noch mit, daß er auch an Uebungen der Nationalisten teilgenommen hat, deren eine unter der Parole Cuno-Mißfirst, Schießerei vor sich ging (Cuno sollte damals nach München kommen) und an der aktive Reichswehrangehörige teilnahmen (u. a. Schwarzkopf).

Der Staatsanwalt Stumpf hat die Untersuchung in der Mordsache geführt. Er vertritt die Meinung, daß Baur als Verräter auf Beschluß der Brüder Berger und des Zwengauer ermordet wurde; Baur wurde wegen seiner Kenntnis in der Sache Fuchs-Machaus, wegen seiner Drohungen, er würde verraten, wenn er kein Geld bekommt, und wegen seines Verkehrs mit Puttkamer für gefährlich gehalten.

Stumpf berichtet auch, daß der Blücher-Bund-Führer Schaefer den Verdacht auf Berger und dessen Kreis (also ebenfalls Blücherbündler, aber von der Ruge-Richtung) gelenkt. Der Hauptzeuge Studenrauch hat im Prozeß seine Aussagen sicher auf Grund der Einschüchterung zum Teil zurückgenommen, er verlangte in Schutzhaft genommen zu werden, „es könnte ihm ähnliches passieren wie Baur". Es ist ihm auch in der Mordnacht gesagt worden: „Du weißt, wer sich an der Sache versündigt, der muß sterben."

Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages begannen am Montag, dem 7. Juni, die Beratungen über den von der Regierung vorgelegten Entwurf zum Arbeitsgerichtsgesetz. Der Regierungsvertreter gab einleitend einen Ueberblick über die im Entwurf enthaltenen Bestimmungen. Er verteidigte den Inhalt und betonte insbesondere, daß eine selbständige Arbeitsgerichtsbarkeit nicht möglich sei. Jedoch sehe der Entwurf eine Vereinheitlichung der Arbeitsgerichtsbarkeit vor. Es sollen möglichst die gesamten Streitigkeiten aus dem Arbeitsprozeß durch die Arbeitsgerichte erfaßt werden.

In der sich anschließenden Generaldebatte verlangte der Vertreter der Deutschen Volkspartei eine völlige Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte und stützte sich hierbei auf die Eingabe der „juristischen Arbeitsgemeinschaft" an den Reichstag. Die Richter, die sich im Strafprozeß bewährt hätten, sollten auch für Streitigkeiten aus dem Arbeitsprozeß in Betracht kommen. Für die kommunistische Fraktion zeigte Genosse Bertz an der Hand des Entwurfs den reaktionären Charakter der ganzen Arbeitsgerichtsbarkeit, wie sie von der Regierung geplant ist. Besonders sei durch die Berufung und Revisionsinstanz die Arbeitsgerichtsbarkeit der Justiz ausgeliefert, die als Klassenjustiz nur eine Rechtsprechung durchführt, welche im Interesse des Kapitals liegt.

Der Vertreter des Zentrums sieht in dem Entwurf einen erheblichen Fortschritt in der Arbeitsrechtsprechung. Er lehnt die Wahl der Beisitzer ab und begrüßt die im Regierungsentwurf vorgesehene Berufung der Beisitzer. Weiter setzt er sich dafür ein, daß die unterste Instanz (Arbeitsgerichte) in die ordentlichen Gerichte nicht eingegliedert werden sollen.

Der Vertreter der Deutschnationalen wandte sich gegen die Angriffe von kommunistischer Seite und betonte, daß es in Deutschland keine Klassenjustiz gebe, für die Richter seien nur soziale Gesichtspunkte maßgebend.

Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, daß auch sie ebenso wie die Kommunisten für die Einbeziehung der Beamten in die Arbeitsgerichtsbarkeit seien.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kass.: Kardinalstraße 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107101.
Amtl. Organ: Volkss-Zeitung. Geschäftsstunden: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Teichstraße 8727

Fahnenträgerleiter. Heute, Dienstag, abend 1/2 7 Uhr von BZ. Material abholen. Zwei Genossen mitbringen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Friedrichswerg. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Kunzer: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Volksentscheid. Referent: Genosse Richard Richter.
Bendorf. Oeffentliche Volksversammlung am Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der KPD.
Diesdorf. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Frenzel. Thema: Volksentscheid.
Dieskau. Oeffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel am Donnerstag, 10 Juni, abends 8 Uhr. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Büschdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Modeler. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hüttel, Halle.
Dieskau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, unter freiem Himmel. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Vogel, Halle.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Große Funktionärsitzung am Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg" für alle Funktionäre, insbesondere auch alle Zellen- und Zellengruppenleiter.
Merseburg. Funktionärversammlung aller nicht Zellenleiterinnen Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg". Alle Genossen haben zu erscheinen.
Pegau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Modelwitz. Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Krüger, Halle.
Göttnitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Bahnhofshotel. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Berger, Halle.
Lützen. Mitgliederversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr. Jeder Genosse hat zu erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Saugerhausen

Amsdorf. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im „Hecht": Oeffentliche Volksversammlung. Referent Genosse Lesch, Halle. Tagesordnung: Volksentscheid.
Helbungen. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Turnerlokal. Thema: Volksentscheid. Referent der BZ. ist anwesend.
Wansleben. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent der BZ.
Oberteilbungen. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Killan.
Gerbisleben. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Haberland, Hangerhausen.
Pleicha. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse G. Hüttl.
Friesen. Mitgliederversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Goethehaus". Tagesordnung: Organisierung der Arbeiten zum Volksentscheid. Die Genossen von den Orten Helbungen, Kalbsrieth, Reinsdorf, Schafen und Neigitzleben haben bestimmt zwei Vertreter zu entsenden. Der Arbeitsgebietsleiter.
Wolferode. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Anker". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lösig, Eisleben.
Wolfsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schulz.
Arnstedt. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent der BZ. ist anwesend.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bosch. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im „Reichsadler": Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Volksentscheid. Ref.: G. Müller, Bitterfeld.
Muskau. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Volksentscheid. Ref.: Gen. Thiele, Niemegk.
Kolbe bei Buden. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Volksversammlung. Thema: Volksentscheid. Ref.: Gen. Nickel, Bitterfeld.
Bitterfeld. Mitgliederversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kischke, Greppin.
Thalheim. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse G. Müller, Bitterfeld.
Zschornewitz-Raguhn. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hebe, Raguhn.
Wachwitz. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Nickel, Bitterfeld.
Dürrenberg. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Hebe, Raguhn.
Gröbern. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid.
Priesnitz. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kischke, Greppin.
Gröbern. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schmidt, Bitterfeld.
Zschornewitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Nickel, Bitterfeld.
Bachau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der Kirchschenke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kischke, Bitterfeld.
Tannpfuhl-Heidesch-Jüberitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof Tannpfuhl. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kunert, Roßlau.
Gröbern. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Nickel, Bitterfeld.
Raguhn. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kischke, Greppin.
Jahrsdorf. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Schmidt, Friedersdorf.

Unterbezirk Delitzsch

Doberlug. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Spenitz. Oeffentliche Volksversammlung Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Gelsen. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Michaelis, Eilenburg.
Delitzsch. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im „Stadtschenke". Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Frieda Kaenen, Merseburg.
Bennewitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Laußnitz. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.
Wellen. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, im Gasthof Herle. Thema: Volksentscheid. Referent ist anwesend.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Hetha. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Brunzen. Referent Genosse Haberland. Thema: Volksentscheid.
Dabrun. Oeffentliche Volksversammlung am Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Kaiser, Mühlberg.
Mühlberg. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Franke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Heinemann.
Reichenhain. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Naumann, Mühlberg.
Liebenwerda. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Kaiserkrone". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Lobemann, Halle.
Domnitzsch. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Heinemann, Torgau.
Mühlberg. Oeffentliche Volksversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, bei der Franke. Thema: Volksentscheid. Referent Genosse Heinemann, Torgau.

Unterbezirk Merseburg-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Oeffentliche Volksversammlung am Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Reichsadler". Thema: Volksentscheid. Referent Genosse König, Berlin.
Zeitz. Oeffentliche Frauenversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Herberge". Thema: Volksentscheid. Referent Genossin Frieda Lehmann, Halle.
Löbejün. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Post". Thema: Volksentscheid. Referent der BZ. ist anwesend.
Muschwitz. Oeffentliche Volksversammlung am Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Stadt. Thema: Volksentscheid. Ref. Genosse Lobemann, Halle.
Zeitz. Mitgliederversammlung der Zeitzengruppe 1 und 2 Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, in der Herberge. Alle Genossen haben zu erscheinen.
Zeitz. Mitgliederversammlung der Zeitzengruppe 3 Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser". Alle Genossen haben zu erscheinen.
Zeitz. Sitzung der Stadtgebietsleitung Dienstag, 8. Juni, abends 1/2 7 Uhr, in der „Herberge".
Kretzschau. Oeffentliche Volksversammlung Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, bei E. Müller. Thema: Volksentscheid. Referent der BZ. ist anwesend.
Droßdorf. Mitgliederversammlung Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

Bund der Freunde der JAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Wittenberg. Dienstag, den 8. Juni, abends 7½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus": Mitgliederversammlung. Alle Einzel- sowie Korporativ-Mitglieder haben unbedingt zu erscheinen.
Weißenfels. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung haben alle Einzel- und Korporativmitglieder unbedingt zu erscheinen.

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Mitteilung der BL. Das ursprünglich für den 27. Juni vorgesehene Treffen der Jugendsektionen des ZKJV. in Thale ist auf den 15. August verschoben. (Näheres im „Jung-Proletarier".)

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Die Ortsgruppen des Unterbezirks beteiligen sich am 13. Juni am Roten Jugendtreffen in Eisleben. Die Vorbereitungen müssen sofort getroffen werden. Näheres wird noch bekannt gemacht.
Alle Ortsgruppen treffen ihre Vorbereitungen zur Fahnenweihe (Uebergabe der russischen Fahne) am 13. Juni.

An alle Mitglieder der Ortsgruppe Halle

Jugendgenossen! Am Sonntag, 13. Juni, findet in Eisleben ein Jugendtreffen, verbunden mit Uebergabe einer russischen Fahne, statt. Die halische Jugendorganisation muß restlos an diesem Treffen teilnehmen.
Der Fahrpreis beträgt für Hin- und Zurückfahrt 1,40 Mark. Abfahrt Sonntag vorm. 8 Uhr: Radfahrer treffen sich Sonntag vorm. ½8 Uhr (Hallmarkt). Unterrin sind mitzubringen.
Anmeldungen werden bis Sonnabend im Jugendbureau entgegengenommen.
Donnerstag General-Mitgliederversammlung ½8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen. Mitgliedskarte berechtigt zum Einlaß.
Mittwoch 7 bis 10 Uhr Spielen auf der Reihnitz.
Donnerstag, Meisinna! Maler sowie alle Genossen, welche gut zeichnen können, treffen sich 7 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft.
Freitag, Fortsetzung an der öffentlichen Versammlung der „Roten Hilfe" im „Volkspark".
Sonnabend, ½7 Uhr, Treffen der Gesamtmitgliedschaft am Hallmarkt zur Agitationstour. Radfahrer 6 Uhr Hallmarkt. Unterrin sind mitzubringen.
Sonntag, Treffen zur Abfahrt nach Eisleben ½8 Uhr Hauptbahnhof. Radfahrer früh ½6 Uhr Hallmarkt. Unterrin sind mitzubringen.
Ammendorf. Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Post" ein Gruppenabend statt. Thema: Zum Todestag Eugen Levines. Alles hat pünktlich zu erscheinen.
Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Zur Post" ein Diskussionsabend statt. Alle Genossen haben restlos zu erscheinen. Thema: „Unsere Arbeit im Juni". Referent Genosse Fritz.
Genossen! Rüstet zur Fahrt nach Eisleben am 13. Juni. Fahrgeld 1,50 Mark.
Modelwitz. 9. Juni Leseabend über Eugen Levine.

Unterbezirk Mansfeld

Hettstedt. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Jugendbundsbung.
Eisleben. Genossen, treffen alle Vorbereitungen zu unserem Jugendtreffen. Quartiere können noch in der Buchhandlung angemeldet werden.
Sonnabend, Roter Rummel und großer Werbeabend im „Volkspark".

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Unterhaltungsausschuß findet heute nicht statt.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Dienstag, 8. Juni, Vortrag über „Volksentscheid". Referent Genosse Schütz.
Zeitz. Freitag, 11. Juni, Treffen zur Werbe in Jugendheim.
Zeitz. Nun jetzt an werden die Beiträge in den Gruppenabenden abgeliefert. In Zukunft beginnen unsere Veranstaltungen um ½8 Uhr. Alle Mitglieder müssen sich hiernach richten.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung: Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr 14

Bezirk Halle-Merseburg

Die gestrige Versammlung mußte wegen verschiedenen Umständen ausfallen. Wir bitten alle Genossen an der heutigen Versammlung recht zahlreich teilzunehmen.
Dienstag, 8. Juni, nachm. 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung der Bezirke 1 und 3.
Mittwoch, 9. Juni, nachmittags 6 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Versammlung der Bezirke 2 und 3.
Die ersten Gruppenphotographien sind von heute an in den Versammlungen erhältlich. Stück 30 Pfennige.
Sport für Eure Freizeitgestaltung. Einzahlungen bei dem Genossen Walter.
Ammendorf. Dienstag, 8. Juni, Unterhaltungsabend und Regelung der Fahrt nach Eisleben. Alles hat zu erscheinen. ½8 Uhr im Restaurant „Zur Post".
Freitag, 11. Juni, ½8 Uhr, im Restaurant „Zur Post" treffen sich sämtliche Pionniere zur Zirkusfilm „Ueber die Trommel".
Alle Pionniere müssen zur Fahrt nach Eisleben am 13. Juni (Fahrgeld 1,50 Mk.).

Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend
e. G. m. b. H.

Wir suchen zum 1. Juli, eventuell auch später einen

1. Genossenschafts-Sekretär

699

der in der Konsumvereinsbewegung durchaus bewandert ist. Seine Aufgaben sind: Mündliche u. schriftliche Agitation u. Propaganda, Mitgliederbewegung, Kontrolle der Verkaufsstellen und Statistik. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind bis 20. Juni zu richten an den Vorstand der Genossenschaft

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Bezirksvorsitzender. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Abrechnen beim Genossen Kunze, Burgstraße. Die Unterkassierer, Literaturleute und „Rote Helfer" Leiter müssen bestimmt erscheinen.
Weißenfels. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" Kassenbuch- und Funktionärsitzung. Der Kassierer rechnet gleichzeitig mit den Unterkassierern ab.
Nietleben. Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle" große Massenkundgebung. Thema: Heraus mit den politischen Gefangenen. Referent: die Frau des Genossen Max Hoelz.
Bernburg. Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Böhme große Massenkundgebung. Thema: Heraus mit den politischen Gefangenen. Referent: die Frau des Genossen Max Hoelz.
Delitzsch. Dienstag, 8. Juni, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung. Unterkassierer sämtlichen Geldes mitbringen.
Hettstedt und Umgegend. Sonntag, 13. Juni, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Gasthaus „zur Erholung" (Paul Lürz, Burgstraße 8). Alle Funktionäre, auch die der eingestellten Vereine, müssen der Wichtigkeit halber erscheinen.

Film-Palast Weißenfels

Ab heute:

Panzerkreuzer „Potemkin"

Das gewaltigste Filmwerk aller Zeiten

Geschlossene Vorstellungen
5, 7 und 9 Uhr

Vorstellungen für Arbeitslose werden noch bekanntgegeben

Die Volksbuchhandlung Wittenberg
Judenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Sämtliche
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an **Drucksachen und Inserate** entgegengenommen

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gauselretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr. Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 8 Uhr. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Dächner, Halle. Postscheckamt Leipzig 6715. Telephon 5012.
Das für den 19. und 20. Juni geplante Gautreffen in Artern wird wegen der Volksentscheid auf den 26. und 27. Juni verlegt.

Untergau Halle-Saalkreis

Bezirk Plötzen, Abteilung 6. Dienstag, 8. Juni, 8 Uhr abends, im „Jäger", Torstraße, Abteilungspflichtversammlung.
Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Mitgliederversammlung. Alles hat restlos zu erscheinen.
Kapelle. Das für Mittwoch angesetzte Ueben fällt wegen der Mitgliederversammlung aus und findet am Donnerstag statt.
Teitin. Dienstag, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Referent der Gauleitung ist anwesend. Alles muß restlos erscheinen.
Werbebezirk Pölau. Dienstag, 8. Juni, abends 8 Uhr, in Teitin, „Erholung", außerordentliche Werbebezirksversammlung für die Ortsgruppen Pölau, Zöbertzen, Nietleben, Pölau, Jauerndorf, Schiepzig, Teitin. Wegen außerwichtiger Tagesordnung haben alle Kameraden zu erscheinen.
Rattmannsdorf. Dienstag, 8. Juni, Ueben des Spielmannszuges.
Werbebezirk 5, Cröllwitz. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in Cröllwitz Versammlung. Alle Ortsgruppen des 5. Werbebezirks müssen vertreten sein.
Nietleben. Donnerstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, in der „Sonne" Pflichtversammlung. Alles hat zu erscheinen.
Gerbra. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung.

Jungtrom

Alle Kameraden haben am Mittwoch, den 9. Juni, restlos zur Mitgliederversammlung zu erscheinen.

Untergau Merseburg

Merseburg. Am Mittwoch, 9. Juni, und Donnerstag, 10. Juni, findet die gleiche Ortsgruppe mit Spielmannszug um 6.45 Uhr auf dem Rokmarkt zur Propagandafahrt.
Merseburg. Am Sonnabend, 7 Uhr, ist alles bereit zur Demonstration. Treffen auf dem Rokmarkt. Nachdem öffentliche Versammlung in der „Funkenburg". Der zum Sonntag, 13. Juni, festgesetzte Rote Tag, verbunden mit Fahnenweihe der Roten Jungtrom wird wegen der zu leistenden Vorarbeiten zum Volksentscheid verschoben. Der Termin der neuen Festsetzung wird noch bekanntgegeben.
Lützen. Freitag, 11. Juni, außerordentliche Generalversammlung. Jeder Pionier hat zu erscheinen.
Werbebezirk Lützen-Bürgenberg-Goddula. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, im Gasthof „Grüner Hof" in Goddula Werbebezirksversammlung. Alle Ortsgruppen der Werbebezirks haben zu erscheinen.

Untergau Wittenberg

Dienstag, den 8. Juni, abends ½8 Uhr: Funktionärsitzung.
Zahna. Jeden Freitagabend 8 Uhr Pflichtversammlung im Roberslaus.
Wittenberg. Mittwoch, 9. Juni, abends 8 Uhr, Pflichtversammlung.

Untergau Bitterfeld

Donnerstag, 10. Juni, abends ½8 Uhr, im Bitterfelder „Gesellschaftshaus" findet eine Untergaukonferenz statt. Jede Ortsgruppe sowie die Werbebezirksleiter müssen vertreten sein.

Untergau Delitzsch

Jöhrsdorf. Sonnabend, 12. Juni, abends 8 Uhr, bei Sonntag Mitgliederversammlung. Äußerst wichtige Tagesordnung. Alles hat zu erscheinen.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 9 Juni, Vollversammlung. Anfreten 7 Uhr am Kaiserhof. Alles hat zu erscheinen.
Sonntag, 13. Juni, findet in Weißenfels eine Sitzung der Untergauleitung statt. Jede Ortsgruppe hat nur den 1. Vorsitzenden zu delegieren. Vertreter bei Gauleitung anwesend. Lokal wird noch bekanntgegeben.

Untergau Zeitz

Zeitz. Freitag, 11. Juni, abends 8 Uhr, in der „Herberge" Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Schlieder-Ausschnitt billigst **Paul Anderich** Magdeburgerstr. 8

Stadt-Theater Heute Dienstag, 8 Uhr: **Kameraden** Mittwoch 8 Uhr **„Wescotthen"**

Volkspark heute, Dienstag, abds. 7½ Uhr **5. Sommer-Konzert** anläßlich des 100. Todestages von C. M. v. Weber

Kinderl. Ehepaar sucht leeres Zimmer Off. u. 2194 an d. Verlag

Halles größtes Spezialgeschäft für 2199

Kinderwagen Klappwagen Stubenwagen
Kinderbetten, Kinderstühle u. -tische bietet auffallend billige Preise die schönsten und geeignetsten Modelle der größten Auswahl und Zahlungserleichterung
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Brüderstr. 3, 1 Min. d. Markt

Walhalla 8 Uhr Tel. 4885
Der Lachbacillus wirkt alle Sorgen verbannend. Tausende lachen sich gesund bei
Rudolf Mälzer und *2198
Anna Müller-Lincke in
Familie Knorke
Tageskasse ab 11 Uhr am Unterschlachen

Von Mittwoch mittag an steht ein großer Transport **prima hannoverscher Ferkel, Läufer- u. Futterschweine** sehr billig zum Verkauf *2197
H. Richter, Trotha Str. 80. Tel. 4752

Solbad Wittekind Johann-Strauß-Abend wird wegen unglücklichen Witterung auf **Sonntag, den 13. Juni, abends 8 Uhr,** verlegt. Gültige Eintrittskarten behalten Gültigkeit. *2196
Heute abend: **Konzert** des Halischen Stadtmusikchores. Leitung: Bruno Blitz

Konsumverein für Sangerhausen und Umgegend e. G. m. b. H.
Sonntag, den **13. Juni 1926**
25. Stiftungsfest
Programm:
11 Uhr Abholen der auswärtigen Mitglieder; Besichtigung der Betriebsanlagen; Besichtigung des Notariums, Konzert daselbst; 1 Uhr Festumzug; Nachmittags Konzert und Kinderbelustigungen; Abends Tanzball *2194
Da auf starken Besuch der mit 3 Sonderzügen ankommenden auswärtigen Mitglieder zu rechnen ist, ersuchen wir unsere werten Mitglieder und Gönner von Sangerhausen die Häuser zu schmücken. Die Verwaltung

Schreibwaren empfiehlt die **Volksbuchhandlung** Harz 42/44 Berderstraße

Danksagung

Für die vielen Beweise der lieben Teilnahme an der Beerdigung unseres neuen Entschlafenen sagen ich auf diesem Wege meinen tiefempfundenen Dank

Gebhfte, 7. Juni 1926

Im Namen aller Hinterbliebenen
Friederike Reischau

„Famos" ist das Waschmittel der Genossenschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0004

Chemiearbeiter und Volksentscheid

An die Belegschaft der Leuna-Hölle!

Chemiearbeiter, Klassengenossen, am 20. Juni soll die Entscheidung fallen in der Fürstenenteignungsfrage. Wenn auch für jeden klassenbewußten Kollegen feststeht, daß er seine Stimme **für den gemeinsamen Gesetzentwurf**, der dem Volksbegehren zugrunde lag, abgibt, so bedarf es doch noch eines Aufrufs an alle Sklaven des Profitzuchthauses.

Die Demonstration mit dem Stimmzettel, die Millionen „Ja"-Stimmen für die restlose Enteignung des Fürstenpacks, sind gewaltige Momente zur Herausbildung einer roten Klassenfront in Deutschland.

Wir müssen uns im klaren sein, daß die Bourgeoisie mit allen Mitteln daran arbeitet, ihre profitsüchtigen Gelüste die sich in den sogenannten **Rationalisierungsbestrebungen** bemerkbar machen, zu befriedigen. Im Leuna-Zuchthaus erleben wir das am eigenen Leibe. Die Ausbeutung wird von Tag zu Tag schlimmer. Arbeitskräften wird gespart. Dank einer rücksichtslosen Gewerkschaftsführung sind die Leunakönige in der Lage, unseren Lohn zu drücken. Das geschieht teils durch **Herabsetzung der Akkordlöhne**, teils durch das **stillschweigende Weiterlaufen des Lohntarifs**. In den Betrieben wurde bereits das Personal eingeschränkt. Rücksichtslos führt das Chemiekapital seine mörderischen Pläne durch, daß nicht einmal die Heloten vom gelben Werkverein werden verschont geschont.

Angesichts solcher Zustände können wir nicht mehr passiv bleiben! Wir gilt die Leuna-Armee zu mobilisieren. Der letzte Prolet auf die Schanzen. Errichtet die rote Front nicht nur im Leuna-Zuchthaus, sondern auch in Euren Heimatsorten. Ein unserer Aktionsradius geht vom Leunawerk aus. Schlagen in dem Werk die Wogen hoch, dann wird sich eine rote Springflut Mitteldeutschland ergießen, die alles Unkraut vertilgt. Darum das Banner, Ihr Arbeitsbrüder. Rüstet zum 20. Juni, wir werden den Kampf führen:

Gegen die Massenverelendung des Proletariats.
Gegen die Rationalisierungsbestrebungen der Bourgeoisie.
Gegen die Diktatur des Großkapitals.
Für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser.
Für Verwendung der Fürstenvermögen zugunsten der Erwerbslosen, Kleinrentner und Kriegshinterbliebenen.
Für die rote Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land.

Betriebszelle Leunawerk der KPD.

In Leuna sind viele gefallen, in Leuna floß Arbeiterblut — —"

(Arbeiterkorrespondenz)

Die „Heldentaten" der Düsseldorfer Schupo von 1921 ließen im deutschen Proletariat ein Lied erstehen, das der Bourgeoisie in ihren Henkersknechten recht schaurig in die Ohren klingt. Diese haben auch alles getan, tangelegt, um dieses verdammte Lied aus der Welt zu schaffen. Es gelang den Herrschaften aber nicht. In Massen des Volkes lebt es fort, weil der schändliche Arbeitermord von 1921 nach Vergeltung schreit. Gerade die Terrormaßnahmen der Hörsing-Garden haben die erneute Revolutionierung der Leuna-Belegschaft veranlaßt. Gleich nach der März-Niederlage versammelten sich die verspreugten Kommunisten wieder — und es ging es ständig aufwärts. Die Leuna-Könige wurden das Fürchten gelehrt. Sie versuchten deshalb, die „rote Gefahr" im Keime zu ersticken. Ein Heer von Spitzeln wurde gegen die profilierten Klassenkämpfer aufgeboten. Und so mancher ehrliche Mann blieb im Kampf gegen dieses Gesindel auf der Strecke. Die Maßregelungen der Arbeiter geht in die Tausende. Und es heißt und muß das Lied weiterleben: „In Leuna sind viele gefallen — — —" Die einen fielen durch die Kugeln der „Schutzpolizei", und die anderen durch Denunziationen des Spitzelsystems.

In letzter Zeit wurden wieder eine ganze Anzahl revolutionärer Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen. Wo es irgendwo „Unruhen" abgeschaut und „bevorzugt" dabei natürlich „unsere Elemente" In Bau 288 ging man sogar so weit, daß man ausrechnet die vier Mann entlassen wurden, die nichts auf eine Anzeigeschrift hatten (**Sammeln ist im Betrieb bekanntlich verboten**) **zur Dienstjubiläums.**

Anderen Betrieben, zum Beispiel in der **Dampfzentrale**, suchten die Leuna-Könige beim allgemeinen Personalabbau Kollegen heraus, die als Erlaßleute auf der diesjährigen Betriebsliste standen. Auch aus den übrigen Betrieben flogen Einzelne Kollegen hinaus, die nach Kommunismus rochen. Im Wasserling von der **Juristischen Abteilung** arbeitet mit Eifer. Er will die kommunistische Betriebszelle zerhacken wie Holzspäne! Wir glauben, daß es dem braven Mann nicht gelingen wird, denn mit einem Beil wird er nicht viel anfangen können, die Betriebszelle hat einen **eisernen Bestand**, da muß er mit dem Schweißapparat kommen!

Herr Wasserling, müten Sie nur so weiter gegen revolutionäre Arbeiter, einst wird der Tag kommen, wo man Ihnen einen Besen bringt — — —

Sie nehmen uns das Weiße aus den Augen

Zwei einfache Exempel zum Nachdenken

(Arbeiterkorrespondenz)

Im Jahre 1921 wurde in der Leuna-Schlosserei eine bestimmte Arbeit mit 120 Stunden einkalkuliert. Ein guter Durchschnittsschlosser hat dieselbe in 90 Stunden her, das macht 27 Prozent Akkordverdienst (nach der Leuna-Akkordtabelle). Wir rechnen die Prozente um, das ergibt 24,3 Stunden. Also mußten die Anilinkonzerne 90 Stunden + 24,3 Stunden = 114,3 Stunden für die ganze Arbeit bezahlen.

Im Jahre 1923 wurde diese Arbeit nicht mit 120 Stunden, sondern mit 105 Stunden einkalkuliert. Und im Jahre 1926 hat man schon soweit gebracht, daß man nur 86 Stunden dafür ansetzt. Will der Arbeiter also heute 27 Prozent im Akkord verdienen, muß er dieselbe Arbeit, die er früher in 90 Stunden herstellte, in 86 Stunden fertigmachen. Die Werksleitung braucht nicht wie 114,3 Stunden auszuzahlen, sondern nur noch 82 Stunden. **Sie spart das Werk an dieser einen Arbeit 32 Lohnstunden à 82½ Pf. = 26,64 Mark.**

Ein weiteres Beispiel:

Eine Arbeit, die früher mit 64 Stunden einkalkuliert war, wurde in 50 Stunden geliefert, das macht rund 30 Prozent Akkordverdienst. Der Wert mußte, wenn man die Prozente in Zeit umrechnet, mit 58,5 Lohnstunden auszahlen. Nun wurde inzwischen die Herstellung des Stückes durch technische Neuerungen etwas geändert. Eine Operation, die auf einer Hilfsmaschine acht Stunden in Anspruch nahm, wird dadurch **in 2½ Stunden** ausgeführt. Die Werksleitung benutzt die Verbesserung von 5½ Stunden zu einer genialisten Akkordredusierung, sie setzt für die ganze Arbeit 55,5 Stunden ein. **Will also der arme Prolet dasselbe verdienen wie früher, so muß er die Arbeit in 30,4 Stunden ausführen.**

Die „Brotherren" in Bau 24 sparen aber dabei 19 Lohnstunden à 82½ Pfennig = 15,67 Mark.

Arbeitskollegen, die Ihr in Eurer Akkordsaserei Euch selber betrügt, haltet eine Minute ein und vergleicht diese Zahlen! Ihr müßt an den beiden Beispielen den systematischen Lohnabbau erkennen. Ihr werdet an Eurer eigenen Arbeit sehen, wie sie Euch das Fell über die Ohren zogen. Duldet keine weiteren Akkordverschlechterungen, steht zusammen in der freien Gewerkschaft und wahrt Eure Rechte. Jeder Kollege muß sich organisieren, um seiner selbst willen und nicht damit die reformistischen Bonzen ihr Gehalt bekommen. Es lebe die gewerkschaftliche Einheit der Leunaproleten!

550 Mark!

zahlten die Leuna-Könige unserem Genossen Willi Hauschild aus Bau 15, Schlosserei 5, für die Verbreitung einer Sporteinladung. Er hatte diese Zettel, die von der JFG. zum Besuch eines Sportabends im baltischen „Volkspark" zugunsten der streikenden englischen Bergarbeiter aufforderten, seinen Arbeitskollegen gegeben. Die Juristische Abteilung, informiert durch einen traurigen Spitzel, erblickte darin eine Erschütterung der Werksicherheit. Arbeiter, daran erkennt Ihr, daß es den Leuna-Königen nicht auf Geld ankommt, wenn sie einen Kommunisten los sein wollen. Darum erst recht hinein in die rote Front! Die Flut muß machen bis an das Dachgeschoß des Verwaltungsgebäudes. **Trotz alledem, die kommunistische Betriebszelle lebt.**

Wie Unternehmer und ihre Knechte die Arbeitslosen behandeln

(Arbeiterkorrespondenz)

Die **Filmfabrik in Wolfen** ist in der Lage, Leute einzustellen. Es werden jedoch nur ab und zu einige Mann eingestellt. Für junge Mädchen ist die Lage etwas besser, hier ist ein steies Kommen und Gehen. Die Einstellungen nimmt Herr Hauke vor, seines Zeichens **„Lohnbüroaufseher"**. Mit welchen Schikanen dieser Mann nun vorgeht, das spottet jeder Beschreibung. Es genügt ihm noch nicht, daß er einen Arbeitslosen acht bis vierzehn Tage lang hindestellt, um ihm dann zum Schluß zu sagen: „Ich kann Sie nicht einstellen, es ist noch eine Lücke in ihren Papieren für die Dauer von vierzehn Tagen. Sie müssen noch eine Bescheinigung bringen, wo Sie die vierzehn Tage gesteckt haben". Herr Hauke verlangt nämlich Papiere bis zum Jahre 1920 zurück, bei einigen Arbeitern ist er „anständiger" und verlangt die Papiere nur bis 1922 zurück. Wehe dem Proleten, wenn er diese Zeit nicht restlos klarlegen kann und wenn er sogar verdächtig ist, sich an der Märzaktion oder an irgendeinem Streik beteiligt zu haben, dann kann er sich die Beine weglaufen, um am Ende doch nur zu erfahren, daß er nicht eingestellt wird.

Mit welchem Hohn man die Arbeitslosen behandelt, zeigt folgende Tatsache: Man ruft sämtliche Arbeitsnachweise an und verlangt dreißig Mann. Nachher erklärt man den Erschienenen: „Sie können wieder nach Hause gehen, **ich brauche nur einen Laufjungen bis zu 17 Jahren.**" Für diese eine Einstellung geben 30 Erwerbslose Fahrgeld aus und bringen ihre Familien um die letzten Groschen, um dann nachher doch wieder enttäuscht nach Hause zu fahren. Wer jedoch einen großen Freund in der Fabrik hat oder schon ein halbes Dutzend Bettelbriefe an die Direktion geschrieben hat, der wird sicher eingestellt.

Arbeitslose! Schließt Euch zusammen, kämpft gegen dieses System, gegen die schwarzen Listen. Bildet die proletarische Einheitsfront unter der roten Fahne der Revolution!

Schwerer Unfall auf den Bayrischen Stickstoffwerken Piesteritz

Am Mittwoch, dem 2. Juni, vormittags gegen 10 Uhr, ereignete sich auf den **Stickstoffwerken in Piesteritz** ein schwerer Unfall. Der Arbeiter Schubert aus Presch wollte einen Eisenträger einer abgesperrten Baustelle überschreiten, stürzte dabei aus einer Höhe von vier Metern in die Tiefe und zog sich einen Schädelbruch zu. Blutüberströmt wurde er nach dem Sanitätsraum und von dort zum Paul-Gerhardt-Stift gebracht, wo er in hoffnungslosem Zustande darnieder liegt.

Für die übrigen Kollegen ergibt sich die ernste Mahnung. **Baustellen nur mit größter Vorsicht und abgesperrte Baustellen überhaupt nicht zu betreten. Wo Vorgesetzte im Interesse der Giftkönige entgegengesetzte Anweisungen erteilen, ist sofort die gesetzliche Vertretung, der Betriebsrat, zu benachrichtigen, der verpflichtet ist, gegen die Unfallgefahren zu kämpfen.** Dieser Kampf kann um so erfolgreicher geführt werden, je mehr jeder einzelne Kollege auf seine eigene Sicherheit bedacht ist. Kollegen! Erhaltet Euch Eure Arbeitskraft und vermeidet unnütze Opfer!

Beachtet die Wirtschaftsbeilage am Mittwoch, die zu den Umänderungen in der mitteldeutschen chemischen Industrie ausführlich Stellung nimmt!

Wie sieht es in den Giftbuden aus?

(Arbeiterkorrespondenz)

Die chemische Industrie, mit dem Anilinkonzern an der Spitze, hat sich durch Konzentration und Rationalisierung zu einem gewaltigen Apparat kapitalistischer Ausbeutung entwickelt. Fast gibt es kein größeres Unternehmen auf dem Gebiet der Chemieindustrie, das sich nicht zu einem Teil an die Profitinteressengemeinschaft des großen Anilinkonzerns anlehnt. Diese Interessengemeinschaft geht weit über die deutschen Landesgrenzen hinaus, bis nach Amerika und dem fernsten Osten, nach Japan. Immer neue Produktionsgebiete werden im Interesse des Profits erschlossen.

Die Ausbeutungsmethoden haben gewaltige Fortschritte gemacht. Die Belegschaftsziffern einzelner Unternehmen weisen einen Rückgang bis zu 50 Prozent und noch darüber hinaus auf. Im Gegensatz hierzu sind die Produktionsziffern in stetigem Steigen begriffen. Eine Produktionssteigerung von 30 bis 50 Prozent und mehr gehört zu den normalen Erscheinungen. Die in diesem Industriezweig zu verarbeitenden Rohmaterialien, wie Kohle, Kalk, Kali, Phosphat usw., sind verhältnismäßig billig. Billig um so mehr, als sich die Nebenprodukte sowie Abfallprodukte fast restlos verarbeiten lassen. Die chemische Industrie ist tatsächlich in der Lage, aus jedem Dreck Geld zu machen. Vom Schwefelsand angefangen, bis hinauf zu den feinsten Farben und Parfümerien. Indem nun aber jeder Dreck verarbeitet wird, erzeugt der Produktionsprozeß eine Menge von ungesundem Staub und giftigen Gasen, deshalb werden die chemischen Betriebe in der Regel von den Arbeitern auch als „Dreck- und Giftbuden" bezeichnet.

Die Löhne in der chemischen Industrie sind zwar zurzeit relativ noch höher wie z. B. im Bergbau und einigen anderen Industriezweigen. Aber dieses „günstige" Verhältnis ist auf Zeiten zurückzuführen, als die Kampfeskraft der Chemieproleten noch weit mächtiger war als heute. Seit dem 16. September vorigen Jahres ist jedoch noch keine Lohnerhöhung vorgenommen worden. Andererseits sind die Löhne der Bergarbeiter derart niedrig, daß eben nur auf Grund dessen die Löhne in der Chemieindustrie hoch erscheinen. In letzter Zeit zeigt sich hier und dort die interessante Erscheinung, daß nicht etwa die Arbeiter, sondern die Unternehmer die Prämienarbeit beseitigen. Es wird wieder nach Stundenlohn gearbeitet, und dieses hat seinen Grund darin, daß durch Prämien und Akkordarbeit den Unternehmern genügend angezeigt wurde, was ein Arbeiter zu leisten imstande ist. Die Fertigstellung der Arbeiten erfolgte in einem weit kürzeren Zeitraum als vorausgesehen war. Darum erhielt eine beträchtliche Anzahl von Kollegen, wie die Studien der Rationalisierung auf diesem Gebiete auf einem günstigen Niveau abgeschlossen waren, die Entlassung. Doch für die noch Wetterbeschäftigten ist schon ein anderer Köder zur Stelle. Wer dieselbe Leistung, die früher bei Gewährung von Prämien erreicht wurde, ohne Prämie fertig bringt, erhält das Prädikat: „Für den Betrieb geeignet". Wer nicht geeignet ist, kann stempeln gehen. Die Arbeiter haben zu spät den Nutzen aus der alten Lehre gezogen, daß Akkord „Mord" ist, indem sie es zuließen, sich als Rationalisierungsobjekte vor den Karren der Unternehmer spannen zu lassen.

An der Entwicklung dieser Dinge sind aber nicht zuletzt die Gewerkschaftsführer schuld, welche im Einvernehmen mit den Chemiekönigen die Lohn- und Arbeitsbedingungen „erhandelt" haben. Obwohl sie selbst die großen Gefahren in der chemischen Industrie kennen, gestatteten sie die Einführung der Akkord- und Prämienarbeit überall da (welch ein Hohn), **wo keine Gefahren für die Gesundheit bestehen.**

Folgendes diene zur Illustration: Das Mitglied des Hauptvorstandes der „Kollege" Haupt vom Fabrikarbeiterverband Deutschlands schreibt in seiner im Jahre 1922 herausgegebenen Broschüre: „Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie" auf Seite 11, 1. Absatz, 7. Zeile:

„**Man könnte** wohl auch angesichts der vielen Explosionen und Brände in den verschiedensten Branchen der chemischen Industrie eine erhöhte Gefahr für die Arbeiter **leugnen?** Diese nach außen in Erscheinung tretenden Gefahren werden aber noch wesentlich erhöht durch Einwirkung giftiger Gase und Dämpfe, durch die Reizwirkung des Staubes und bestimmter Flüssigkeiten, die sich der Beobachtung Außenstehender entziehen und deren Wirkung auch bei eingetretener Vergiftung und dergleichen von den Unternehmern meist bestritten wird und von den Ärzten nicht immer einwandfrei nachgewiesen werden kann."

Auf Seite 7, 1. Absatz, ist dagegen folgendes zu lesen:

„Der Fabrikarbeiterverband hat gegen die Einführung dieses Entlohnungssystems (Prämiensystem) in den gefährlichen Betrieben direkt noch nichts unternommen. (Bis heute ebenfalls noch nicht. D. V.) **Er respektiert die gegenwärtige Notlage der Arbeiter,** die diese veranlaßt, zum Teil mit Zustimmung der Betriebsräte, auch dort Akkord zu arbeiten, wo durch diese Arbeit Leben und Gesundheit nicht nur der direkt beteiligten Arbeiter gefährdet werden."

Also die Notlage der Arbeiter wurde „respektiert" und darum gegen das Prämiensystem weiter nichts unternommen. Wo aber trotz tariflicher Bestimmungen Betriebsräte die Einführung von Akkord- und Prämienarbeit wegen gesundheitsschädigender Einflüsse verweigerten, da waren die Aerzte zur Stelle, die einfach den Einwand der Betriebsräte als unbegründet bezeichneten und darüber hinaus es sogar fertig brachten, aus gesundheitsschädlichen Betrieben, gesundheitsfordernde zu machen. Die Einführung des Prämien- und Akkordsystems war es, welche die ehemals geschlossene Kampffront der Chemiearbeiter zerschlug, welche die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Kollegen von 90 Prozent und darüber herunterdrückte bis auf 20 Prozent. Erst nach mühevoller Arbeit durch die kommunistischen Gewerkschaftskollegen gelang es, das Organisationsverhältnis wieder auf 50 Prozent und darüber zu steigern.

Die soziale Lage der Chemiearbeiterschaft findet auch einen Ausdruck in den Statistiken der Krankenkassen. Aus der Betriebskrankenkasse eines chemischen Großbetriebes, der annähernd 2500 Arbeiter beschäftigt, waren von rund 6000 Krankheitsfällen im Jahre 1925 annähernd 2200 Fälle mit Erwerbsunfähigkeit verbunden. Jeder einzelne Krankheitsfall währte im Durchschnitt drei Wochen. Auch bei den vorgekommenen Unfällen waren rund 300 mit Erwerbsunfähigkeit verknüpft. Deutlicher kann das soziale Elend der Chemiearbeiter wohl nicht zum Ausdruck kommen. Hinzu tritt die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Arbeiter Krankheiten mit sich herumträgt, ohne die Kassen in Anspruch zu nehmen, weil das niedrige Krankengeld zu einer genügenden Ernährung nicht ausreicht.

Krankheiten vorbeugen ist besser, als Krankheiten heilen.

Und weil die Gefahren der Erkrankungen in der chemischen Industrie besonders groß sind, müßte einem jeden Chemiearbeiter ein mindestens vierwöchiger Erholungsurlaub unter Fortzahlung seines Lohnes gewährt werden. Die russischen Chemiearbeiter erhalten einen solchen Urlaub und verbringen ihn auf den Besitzungen ihrer ehemaligen, davongejagten Fürsten und Zarenfamilie, wo sie in den großen Waldungen und Schlössern ihre gefährdete Gesundheit wiederherstellen können. Zwar haben schon in Deutschland eine Anzahl von Krankenkassen Erholungsheime eingerichtet. Ihre Inanspruchnahme wird aber von dem Ergebnis der Untersuchung eines Arztes abhängig gemacht, der zwar eine vorhandene, aber in den seltensten Fällen eine entstehende Krankheit, die unter Umständen eine geraume Zeit braucht, bis sie zum Ausbruch kommt, feststellt. Würden aber alle diese Fälle bei der Aufnahme in die Erholungsheime berücksichtigt werden müssen, dann dürften die vorhandenen Heime bei weitem nicht ausreichen. **Darum sollte** das russische Beispiel unseren Chemieproleten zu denken geben, wenn der Tag des Volksentscheids über die Fürstenabfindung herannaht. Es sei nur an die vielen Lustschlösser und Waldungen unserer ehemaligen Fürsten gedacht, welche sie zum Zeitvertreib für ihre Mätressen auf Kosten ihrer Untertanen gebaut haben. Volksvermögen ist es, das hier nutzlos verschwendet wird. Wie viele **Ferienkolonien und Erholungsheime** für schwächliche Kinder, Krüppel, abgearbeitete und erkrankte Proleten könnten aus diesen Besitzungen hergerichtet werden. Die Wohnräume der Chemiearbeiter, die sich in der Regel in der Nähe der chemischen Betriebe befinden, sind meistens ungeeignet, um dem Arbeiter mit seiner Familie in seiner freien Zeit Erholung zu bieten.

Kein Chemiearbeiter, der seine Arbeitskraft als auch die Gesundheit seiner Familie erhalten will, darf sich deshalb am Tage des Volksentscheids der Stimme enthalten: Darum den letzten Kollegen aufgerüttelt unter der Parole: **„Keinen Pfennig den Fürsten, ein jeder Chemiearbeiter stimmt mit Ja."**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Seht die Stimmlisten ein!

Wer sich am 20. Juni sein Stimmrecht sichern will, muß noch in dieser Woche, also bis einschließlich 13. Juni, nach der Martinschule (Aula), Charlottenstraße, gehen, und zwar in der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr. Am Sonntag, dem 13. Juni, von vormittags 8 bis 12 Uhr.

Nochmals: Sichert Euer Stimmrecht!

An die Parteimitgliedschaft von Halle!

Zum Volksentscheid am 20. Juni müssen alle Propagandamöglichkeiten erschöpft werden.

Der Antrag der KPD. im Stadtverordneten-Plenum in Halle, der auch angenommen wurde, lautet:

1. Das Verbot der städtischen Baupolizei betreffs Anbringung von Transparenten an Häusern, deren Inhaber damit einverstanden, findet für die Zeit vom 6. bis 20. Juni 1926, also bis zum Tage des Volksentscheids, keine Anwendung.
2. Eine Steuererhebung für Transparente an Häusern findet nicht statt.

Der Magistrat von Halle ist diesem Beschluß beigetreten mit der Maßgabe, daß außer dem Markt überall die Transparente an den Häusern angebracht werden können, wo der Hauswirt sein Einverständnis erklärt. Nur muß in jedem Falle die Anbringung von Transparenten unter den angeführten Voraussetzungen der Baupolizei gemeldet werden.

Wir fordern deshalb alle Parteigenossen und alle mit dem Volksentscheid Sympathisierenden auf, sich mit ihrem Hauswirt in Verbindung zu setzen, um die Genehmigung des Anbringens von Transparenten zu erwirken.

Wenn die Einwilligung des Hauswirtes gegeben ist, ersuchen wir unverzüglich um Eingabe des genauen Namens, der Straße und der schriftlichen Einwilligung des Hauswirtes, damit Plakate bereitgestellt werden können. Es kommen selbstverständlich nur Vorderhäuser in Frage.

Meldungen sind in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, Zimmer 4, einzureichen.

BV. Halle-Merseburg.

Arbeiterfrauen, heraus zu den Versammlungen für den Volksentscheid!

Der Rote Frauen- und Mädchen-Bund veranstaltet folgende öffentliche Versammlungen für den Volksentscheid:

im Werbebezirk Westen: am Mittwoch, dem 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher", Torstraße;
im Werbebezirk Zentrum: am Mittwoch, dem 9. Juni, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette", Alter Markt;
im Werbebezirk Norden: am Donnerstag, dem 10. Juni, abends 8 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße;
im Werbebezirk Osten: am Donnerstag, dem 10. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal Lohse, Dessauer Straße.

In allen Versammlungen Thema: „Die Bedeutung des Volksentscheids für die Arbeiterfrauen". Hierzu werden alle proletarischen Frauen aufgefordert, sich zahlreich an diesen Versammlungen zu beteiligen.

Die Versammlung für den Werbebezirk Süden muß vom Freitag auf Dienstag nächster Woche verlegt werden (nähere Mitteilung erfolgt), da sich der Rote Frauen- und Mädchen-Bund geschlossen an der öffentlichen Kundgebung am Freitag im „Volkspark" beteiligt, in der die Frau des Genossen Hoelz sprechen wird.

Die Leitung des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes.

Achtung, Erwerbslose!

Am Donnerstag, dem 10. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, im „Volkspark":

Große öffentliche Erwerbslosenversammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der bevorstehenden Staffelung der Erwerbslosenunterstützung. — Die Erwerbslosen und der Volksentscheid. Referent: Max Köhler, Berlin. 2. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß alle Erwerbslose in dieser Versammlung erscheinen.

Der Erwerbslosenausschuß Halle (Saale).

Gewerkschaftstag

Am Mittwoch, dem 9. Juni, finden Konferenzen aller Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre statt:

in Halle, abends 8 Uhr, im Saal der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14. Referent Genosse Köhler, Berlin;

Erscheinen müssen: **Alle kommunistischen Ortsverwaltungsmitglieder, Fraktionsleitungsmitglieder, Kartelldelegierte, Zellen-Gewerkschaftsleiter, kommunistische Betriebsräte und Mitglieder des Erwerbslosenausschusses.**

Gew.-Abtlg. Halle-Merseburg.

Die hallischen Fürstenknechte in Wettin

Ausschuß-Busse als schwarzweißroter Festredner

Der Ausschuß gegen die Fürstenenteignung gibt sich mächtige Mühe, um den Volksentscheid zu hintertreiben. An allen Anschlagsäulen prangen Plakate — ausgerechnet in roter Farbe, damit die Arbeiter nur recht aufmerksam werden — und diese Plakate tragen sozusagen das Programm (allerdings nur das nach außen hin, das wirkliche dürfte sich unter den Dokumenten des Justizrat Claß befinden). Sie behaupten, daß der Ausschuß der Fürstendiener für Gerechtigkeit gegen den Neid sei, und wenn man das liest, kann man vor Neid über soviel Unverfrorenheit beinahe platzen. Der Ausschuß der Fürstenstiefellecker will aber auch für Anstand und gegen Gemeinheit sein. Und wir stellen uns ganz genau vor, wie Herr Busse als Anstandswauwau mit einer schwarzweißroten Schleife angesteckt herumläuft.

Vorläufig übt er sich dazu in Wettin. Auf der stolzen Burg des Geenigs hat er am Sonntag eine Rede gehalten, die nur so von Fürstendienerei und Heldenromantik, von Revanchegelüst und Binsen-Unwahrheiten trieft. Von dem Hilfspolizeiwachtmeister Redde, der dort vor ein paar Tagen einen Arbeiter ermordete, hat aber Herr Busse nichts gesagt.

Man muß sich die bürgerlichen Zeitungen von gestern auf die Wettiner Fahrt hin aufmerksam ansehen. Nicht nur die „Halleische", und „Allgemeine", sondern natürlich auch der „General-Anzeiger" haben sich eilfertig in den Dienst der Fürsten- und Faschistensache gestellt. Und es ist interessant, zu beobachten, in welch geschickter Weise der Berichterstatter der „Hallischen Nachrichten" die Rede des Herrn Busse frisiert hat. Alles, was von Revanchekrieg handelte, hat er sorgsam verschwiegen, damit die Leser der „Hallischen Nachrichten", die noch nicht das letzte Fünkchen Kritik verloren haben, nicht den ganzen Braten riechen. Aber es ist doch ergötzlich, die Phraseologie des Herrn Busse in mannigfacher Beleuchtung zu genießen.

Da sind einmal die „Hallischen Nachrichten":

„Schulrat Busse begrüßte die Mitglieder und Gäste, die sich aus Stadt und Land in Wettin zusammengefunden hatten. Er wies darauf hin, daß man hier auf altem historischen Boden stehe. **Die trutzige Burg habe dem deutschen Volke ein Königshaus geschenkt,** und ringsum zeugten die Halden von dem lebhaften bergmännischen Leben, das sich einst in Wettin abspielte, das damals sogar ein Bergamt besaß. Der Redner ging dann in deutsche Geschichte durch und wies nach, wie sehr von den ältesten Zeiten an das deutsche Volk unter seiner Uneinigkeit gelitten habe, daß es aber stets einen glanzvollen Aufschwung nahm, wenn es einig zusammenhielt. Diese geschichtliche Lehre sollten auch wir jetzt beherzigen — ein einiges, starkes Volk zu werden trachten und uns einsetzen für Ehre, Freiheit und Vaterland."

In der „Allgemeinen Zeitung" steht die Geschichte so aus:

„Wir als Deutschnationale verachten nicht die Vergangenheit, lassen ihre Strahlen in die Gegenwart herüberleuchten. Wir lernen aus der Geschichte, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit ein Volk groß und stark machen kann. Wie muß früher der Saalkreis beschaffen gewesen sein, wenn wir hören, daß außer den jetzigen Ortschaften noch 60 Dörfer existiert haben sollen. Die **Fürsten sorgten für das Volkswohl."** (An dieser Stelle lachten sogar die Hühner.)

Die „Hallische Zeitung" aber nimmt kein Blatt vor den Mund und läßt Herrn Busse folgendergestalt reden (man beachte den klassischen Oberlehrerstil):

„Eine historische Stadt ist Wettin. Hier thronte einst ein altes Geschlecht, das dann einen deutschen Königsthron zierte und den Ruhm Wettins in alle Lande trug. Dann wurde die einst so herrliche Burg profanen Zwecken zugeführt, soll nun aber wieder erstehen als eine Heimstätte deutscher Jugend. Schulrat Busse erinnerte ferner daran, daß früher in Wettin reges bergbauliches Leben herrschte.

So ermahnt in Wettin alles an die Vergangenheit, und wir lassen wir Deutschnationalen ja gern hinüberleuchten in die Gegenwart. Uns ist die Geschichte Lehrmeisterin dafür, wie wir die Gegenwart meistern und die Zukunft gestalten sollen. Ordnung aber ist notwendig Einheit und Geschlossenheit. Zum Beweis dafür gab Redner einen erschöpfenden, anschaulichen Ueberblick über die deutsche Geschichte von ihren ersten Anfängen bis zu die jüngste Vergangenheit. Er hob hierbei besonders die Verdienste Brandenburg-Preußens und seines Herrscherhauses hervor. **Darum kann man nur Verachtung haben für die, welche den deutschen Fürsten ihre Rechte schmälern wollen.** Weiter gedachte er der Tat eines Bismarck, der das deutsche Kaiserreich schuf — nicht mit Worten und Träumen, sondern durch Blut und Eisen. Uns ist nach dem Schmachtriebden von Versailles wieder die geschlossene Einheit von 1813 und der Augustiage von 1914 nötig."

Die schöne Ansicht von Wettin soll aber endgültig für die profanen Zwecke der Fürstenknechte und Kriegshetzer verschandelt werden, genau wie die deutsche Sprache, zum Beweise dessen Natur einen erschöpfenden anschaulichen Ueberblick gab. Und diese Mordraben auf der Burg des sächsischen August, der 1918 bekanntlich sagte, das Volk solle sich „keinen Dreck alleene" machen, mußten dröhnendes Lachen hervorrufen. Aber es ist eine sehr ernsthafte Sache, mitanzusehen, in welch frecher Offenheit die Fürstenknechte in der Zeit des Volksentscheids darangehen, die mittelständische Arbeiterschaft zu provozieren.

Das muß uns Anlaß sein, unsere Anstrengungen zur Propaganda für den Volksentscheid zu verdoppeln und nicht eher zu ruhen, bis am 20. Juni das Ja der 20 Millionen Stimmen erreicht ist, das gleichzeitig ein Nein für sämtliche Fürstenfreunde und Reaktionäre bedeutet.

Busse sammelt

Herr Busse sammelt. Ihr fragt wofür —
Die Antwort gibt das Bild Euch hier.
Der Vorsteher aus dem Stadtparlament,
Der Eure Not und Sorge nicht kennt,
Sammelt nicht für die bereits Enteigneten,
Nicht für Betrogene, die Kriegsanleihe zeichneten,
Nicht für die Armen, von der Sorge Gebückten,
Auch nicht für Euch, Ihr im Kriege Zerstückten,
Nicht für die zahllosen Hinterbliebenen
Und durch Inflation in das Elend Getriebenen.
Herrn Busses Gesinnung ist treu-deutschnational,
Drum stellt er sich schützend vor das Kapital,
Vor die prassenden Fürsten und Mätressen,
Die Anno 18 nach dem Ausland ausrissen. —

Nun gut, mag der Schulmeister seine Bitte herstammeln
Und als treuer Lakai für die Fürsten sammeln.
Wir aber, die von den fürstlichen Maden
Begaunert wurden nach Strich und Faden,
Wir setzen uns für die Parole ein:
Keinen Pfennig den Fürsten und ihren Lakain!

Tezet.

Der Deutsche Landkreistag

hält seine diesjährige Hauptversammlung am 11. und 12. Juni in Bad Pyrmont ab, zu der Vertreter aus allen deutschen Ländern erscheinen werden. Im Mittelpunkt der Verhandlung steht die Frage des Siedlungs- und Wohnungswesens, die für die Landkreise insonderheit in ihren Beziehungen zu den Städten, von besonderer Bedeutung ist.

Die Generalversammlung für Volksfürsorge

hat beschlossen, den Versicherten der Volksversicherung für das Geschäftsjahr 1925 einen Gewinnanteil in Höhe von 20 Prozent der Jahresprämie (im Vorjahr 10 Prozent) und den Versicherten der Lebensversicherung einen Gewinnanteil in Höhe von 25 Prozent (im Vorjahr 20 Prozent) zu gewähren. Dieser Gewinnanteil wird außerdem mit 8 Prozent Zins und Zinseszins aufgewertet. Diese Gewinnanteile mit Zinsen und Zinseszinsen bedeuten eine beträchtliche Erhöhung der Versicherungsleistung, die im Falle vorzeitigen Todes oder bei Ablauf der Versicherung fällig wird.

Die Frau des Genossen

Max Hoelz spricht am Freitag, dem 11. Juni, abends 8 Uhr, im Garten des „Volkspark", Burgstraße, über: **„Amnestie und Volksentscheid"**

Bilder aus Frankreich

(Originalbericht für den „Klassenkampf")

Der Friisör von Avignon

Avignon ist eine schöne alte Stadt von einigen 50 000 Einwohnern, im blühenden Weingarten Südfrankreichs gelegen. Schon den alten Römern gefiel der Fleck, und sie legten hier eine Siedlung an. Im Mittelalter, als die Kirchenobersten sich blutig bekämpften, hausten hundert Jahre lang die Päpste in Avignon und bauten sich auf einem Hügel, der die Stadt beherrscht, ein gewaltiges festungsartiges Schloß, das mit seinen meterdicken Mauern die christlichen Bruderzwiste der römischen feindlichen Päpste abwehren konnte.

In dieser äußerlich blühenden, freundlichen, lachenden Stadt, in dieser Stadt „des Luxus und des Lasters" (wie unser Genosse Friisör sich ausdrückt), gibt es nicht mehr als 2000 Arbeiter. Aber diesen Arbeitern geht es schlecht. „Man sieht es der Stadt nicht an, wie schlecht der Arbeiter hier lebt und wieviel Not und Prostitution es gibt", sagte der Genosse. „Es ist hauptsächlich Luxusindustrie in Avignon. Hutfabrikation, Konfektion. Die kleinen Hutarbeiterinnen können schwer existieren, und so blüht die Prostitution."

Wie überall in Frankreich, das unter seiner Militärlast fast zusammenbricht, wimmelt es auch in Avignon von Militär. Das Herz tut einem weh, wenn man all die prächtigen jungen Burschen, oft mit ganz kindlichen Gesichtern, militärisch eingekleidet sieht.

Mitten in dieser Stadt der Bürger und Soldaten hausen unbekümmert der Genosse und die Genossin Friisör. Sie sind Meister in ihrem Fach und könnten die reichste Kundschaft haben, aber im Herrenfriisersalon des Genossen R. hängt ein Leninbild und im Damenfriisersalon der Genossin R. hängt ein Liebknechtbild und liegt dauernd ein Stoß „Arbeiterinnen", die kommunistische Frauenzeitung Frankreichs.

„Nehmen Ihre Kundinnen in dieser bürgerlichen Stadt nicht Anstoß an ihrer kommunistischen Propaganda?" fragte ich.

„Das kümmert mich nicht. Wer nicht wiederkommen will — au revoir, au revoir — soll bleiben, wo es ihm gefällt. Ich liebe die Reichen nicht. Ich liebe die Arbeiterkundschaft."

Als ich zum erstenmal die Friisörgenossen aufsuchte und einen alten Arbeiter fragte, ob er wüßte, wo der Friisör R. wohnt, strahlte er übers ganze Gesicht und sagte: „Das kann ich Ihnen sagen. Das ist ja mein Friisör. Morgen, am Sonntag, laß ich mich dort rasieren", und brachte mich auf den Weg.

Es geht lustig zu im Friisörladen der Genossin R. Sie arbeitet dort mit einer Gehilfin (Parteigenossin) und einem elegant, aber etwas wild und italienisch aussehenden jungen Burschen. Während unter ihren Händen und Ondolierscheren Wunderwerke von Frisuren entstehen, reißen Scherz und Gelächter nicht ab. Dazwischen wird politisch diskutiert. Die Kundin wird gefragt, wie ihr die letzte Nummer der „Arbeiterin" gefallen hat, wird ermahnt, nicht die nächste Zusammenkunft der Freundinnen der „Arbeiterin" zu versäumen. Man hat Zeit in Avignon; unter Diskutieren und Scherzen wird langsam und gründlich Haarwelle an Haarwelle gereiht, und bis so ein ganzer kunstvoller Haarrundbau vollkommen aufgebaut ist, ist manches Problem durchdiskutiert.

Wir hatten nicht die Gelegenheit, die Genossen in einer Versammlung reden zu hören, aber wir bekamen in dem Herrenfriisersalon eine Probe, wie der Meister bildhaft und anschaulich politische und ökonomische Fragen zu erörtern versteht. Er sollte uns ausländisches Geld wechseln. Dies nahm er zum Anlaß, mit seiner wohlklingenden Stimme mit sichtbarer Freude am Klang seiner Worte und an der Aufmerksamkeit seiner Zuhörer — die Kunden saßen ruhig und warteten, bis er wieder Zeit für sie hatte — einen kleinen Vortrag über die Valuta zu halten. „Nicht nur der französische Frank ist krank", sagte er, „auch der Dollar ist krank. Er bläht sich auf", und dabei zeichnete er um seine ganz behäbige Gestalt einen mächtigen Bauch durch eindrucksvolle Bewegung der Arme, „ja, er ist krank, der Dollar, er leidet an der Fettsucht, und er wird irgendwann einmal platzen. Auch der Frank ist krank, er schrumpft zusammen, er muß jeden Tag den Gürtel enger schnallen", und dabei schrumpfte der stattliche Genosse R. selber so zusammen, daß man ihn besorgt ansehen mußte. Nachdem er in dieser Art noch eine Weile gesprochen hatte, wechselte er uns das Geld, das wir brauchten, und wandte sich wieder den Bärten seiner Kunden zu.

Am Abend nahmen die Genossen mich in eine kleine Versammlung mit. Es waren nicht mehr als etwa 25 Teilnehmer, einige Spanier und Italiener darunter, die vor dem Faschismus geflohen waren. Ein alter spanischer Arbeiter erzählte mir von den schrecklichen Zuständen in Spanien. Frankreich ist jetzt der Zufluchtsort für Spanier, Italiener und Polen.

Der tapfere Friisör und seine fröhliche Frau sind die Seele der Bewegung in Avignon, und es war eine Freude, sie kennenzulernen.

Berta Last.

„Die Lage der Arbeiterjugend und die Aufgaben der KJI."

Unter diesem Titel liegt der neuesten Nummer der „Jugend-Internationale" als Broschüre das Referat des Genossen Bujard auf dem Plenum des EK. der KJI. bei. Von den Artikeln der „Jugend-Internationale" erwähnen wir: G. Sinowjew: Gemalte Ereignisse in England. — Lominadze: Die 6. Tagung der Erweiterten EKKI. — Fritz Reinhard: Zum 2. Kongreß der Profintisischen Jugend-Internationale in Amsterdam. — Chitarow: Einige Fragen der Reorganisation. — Der 7. Kongreß des Proletkult der Sowjetunion. — Das Heft kostet 20 Pf. mit der Beilage und ist zu beziehen durch die Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14, und die Funktionäre der Jugend.

Theater und Konzerte

Stadttheater. Infolge plötzlicher Erkrankung geht am heutigen Dienstag die „Dollarprinzessin" die Komödie „Kameraden" von August Strindberg in Szene. Das Werk wird in der gleichen Besetzung gegeben. Mittwoch, abends 8 Uhr, „Mancolichen" mit Anny Kunze in der Hauptrolle. Freitag „Das Gebaut" und „Unbekannten Soldaten". Sonnabend „Don Giovanni".

Gesang Mittelhaus. Johann-Strauß-Konzert wird wegen ungünstiger Witterung auf Sonntag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, verlegt. Bereits erworbene Karten halten Gültigkeit. Heute abend Konzert des Hallischen Sinfonie-Orchesters.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0006

Der Kampf um den Mieterschutz

(Schluß)

„Verschulden des Mieters"

Man kann sich vorstellen, zu welchen Konsequenzen diese Gesetzesauslegung in den Fällen führen muß, in denen dem Mieter kein Verschulden nachgesagt wird oder in denen er die Miete nicht zahlen können. Der Regelfall wird der sein, **daß der Mieter der herrschenden Wohnungsnot mit seiner Familie und seinem Hausrat auf die Straße fliegt.** Hat aber ein Mieter einmal unglücksweise das Glück, einen Ersatzraum vom Gericht zugewiesen zu erhalten, so soll als Ersatzraum auch ein Raum gelten, den der Vermieter zur Verfügung stellt (§ 16). Die Aussichten eines solchen Verfahrens auszumalen, wir der breiten Oeffentlichkeit überlassen.

Untermiete

Der Untermieter soll künftig nur dann durch das Mieterschutzgesetz geschützt sein, wenn sich das Untermietverhältnis nur auf einen Raum bezieht und wenn der Untermieter in dem Raum eine Wirtschaft oder Haushaltung führt. Findet also in einem Falle eine Benutzung der Küche nicht statt, so wird auch die Frage, die infolge der Wohnungsnot in Untermiete wohnt, ob dem Untervermieter ausgeliefert. Diese Schutzlosigkeit ist **der Gefahr der Bewucherung des Untermieters.** Will man verhindern, daß der Mieter in seiner Eigenschaft als Untervermieter Wucher verhelfen, damit später der Hausbesitzer für sich gleichfalls Wucherfreiheit fordern kann?

Wir warnen alle Mieter auf das dringendste, keinerlei Anlaß zu geben, daß ihnen als Untervermieter aus der Schutzlosigkeit des Mieters Vorwürfe gemacht werden können; sie würden den moralischen Anspruch auf Schutz gegenüber dem Vermieter verwirken und dies wäre eine Katastrophe für die Forderungen des Reichsbundes deutscher Mieter.

Schlußbetrachtung

In dieser Darstellung sind leider die von der Regierung geplanten Verschlechterungen des Mieterschutzes noch nicht restlos aufgezählt. Nur drei wesentliche Punkte sind gekennzeichnet, sie zeigen aber mit aller Deutlichkeit, in welch raschem Tempo die Reichsregierung unter dem Druck des organisierten Hausbesitzes den Mieterschutz abzubauen versucht, obwohl die stetig steigende Wohnungsnot und das zunehmende Wohnungselend förmlich nach Verbesserung und Ausbau des Mieterschutzgesetzes schreien. Nachdem die Reichsregierung und der Reichsrat diese Verschlechterung gutgeheißen hat, hat die Vertretung des deutschen Volkes, der Deutsche Reichstag, das Wort. Wir wissen, wie stark weite Kreise der Parteien gegen die Mieterschutzgesetzgebung eingenommen sind. Wir wissen aber auch, daß die Linksparteien den Mieterschutz ablehnen und daß bis in die Mittelparteien hinein, **wenn auch in abnehmendem Maße,** noch Freunde der Mieterschaft zu finden sind. Wir hoffen deshalb, daß sich keine Mehrheit für weitere Verschlechterung der Rechtslage der deutschen Mieterschaft im Reichstag finden wird. An die Mieterschaft aber ergeht der dringende Appell, durch sofortigen Eintritt in den Reichsbund Deutscher Mieter, Ortsverein Halle, die Kampffront zu verstärken und zu kämpfen für ein gesundes Miet- und Wohnrecht.

Gegen Interesse am Flugblatt des Diebstahls verdächtigt

Aus einer Partei Flugblätter herausgibt, so beabsichtigt sie sicher durch die Aufmerksamkeit Andersdenkender oder Außenstehender zu lenken. Durch den Vertrieb der Blätter in breitester Oeffentlichkeit bildet natürlich auch der Inhalt kein Geheimnis, und nicht Interesse dem Flugblatt entgegengebracht wird, um so dürfte der verfolgte Zweck erfüllt werden.

Am November v. J. hatte die Deutschnationale Volkspartei ein Blatt herausgebracht, das in angeblich schamloser Form den Reichspräsidenten Grützner angriff und das dann auch der Beschlagnahme anheimfiel. Auch in Bitterfeld kamen diese Blätter zur Verteilung und kamen dadurch auch in Kenntnis des Bureauangestellten Friedrich Hartung, der durch diese Flugblätter seinen Chef und Parteiführer in lügenhafter Form angegriffen sah. Er wollte nun dem Urheber dieser Schrift auf die Spur kommen, und so kam für ihn das Parteibureau der Deutschnationalen Volkspartei hierfür in Frage. Da sich als einziges dieser Art am Platze befand. Er ging also zu diesem Bureau, um durch den ihm bekannten Gebäudewart in den Besitz einiger Flugschriften zu gelangen. Im Laufe, zu welchem ihm unbehelligt Eintritt verschafft wurde, traf er einen 17jährigen Quartaner an, der von der Partei zur Arbeit verwandt wurde. Hier sah er denn auch die ominösen Flugblätter aufgehäuft. Im Beisein des Quartaners nahm er nun Schriften an sich, um sie an den angegriffenen Grützner zur Verfolgung weiterzuleiten. Da ihm bekannt war, wie langsam und oberaus nachsichtig die Polizei-Organe gegen reaktionäre Elemente vorgehen, hatte er somit auf eigene Faust, aber durchaus gesetzmäßig gehandelt, sondern sein Verhalten zeugt von dem berechtigten Mißtrauen gegen die Organe, die sich Schützer der Republik bezeichnen. Die Partei, die das Flugblatt verbreitet hatte, war jedoch unverschämt genug, gegen ihn **wegen Diebstahls und Hausfriedensbruchs** zu erstatten, statt sich zu freuen, daß ihr Flugblatt so reges Interesse hervorrief. Auf Grundlage der als Zeugin vernommenen Partei-Sekretärin wurde bei dieser **Art der Flugblattverbreitung nicht die nötigen Vorsichtsmaßregeln gewahrt (!!).** Auf die Frage, ob denn überhaupt Vorsicht im Interesse der Verbreiter oder des Inhalts erforderlich war, machte sie ein Gesicht, aus dem jeder Geist entwichen war. **Der Staatsanwalt konnte sich nicht verkneifen, die illegale Tätigkeit des Angeklagten in ihrer Ehrenhaftigkeit anzuzweifeln,** ließ wohl aber übel die Diebstahlsanklage fallen und beantragte wegen Hausfriedensbruchs, der natürlich auch nicht vorlag, eine Geldstrafe. Das Gericht gelangte indes zur **Freisprechung.**

Jedenfalls ist es ein starkes Stück, wenn sich ein Republikaner durch eine Tat, durch die er sich zur Republik bekennt, vom Gericht, das doch schließlich ein republikanisches Institut sein sollte, ehrloser Gesinnung bezichtigen lassen muß. Es wird höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter einsehen lernen, daß sie diese Zustände nur ändern können durch Zusammenschluß in der proletarischen Einheitsfront, die alle reaktionären Elemente zum Teufel jagt!

Gegen die Abholzung der Dölauer Heide

Kommunistischer Antrag im Preußischen Landtag

Urantrag der Abgeordneten Pieck, Kilian, Menzel-Halle, Lademann und Genossen:

In dem unmittelbar bei der Stadt Halle a. d. Saale gelegenen Staatsforst Dölauer Heide wurden in der letzten Zeit erhebliche Flächen des älteren Baumbestandes abgeholzt und Flächen des Forstgeländes an Privatpersonen als Bauplätze verkauft. Bei Fortführung dieser starken Abholzung besteht die Gefahr, daß die Dölauer Heide sehr bald nur noch in geringem Maße den Zweck erfüllt, dem sie von altersher diente: Erholungsgelegenheit für die hallische Stadtbevölkerung zu sein. In Halle hat, da die Dölauer Heide der einzige in der Nähe dieser Industrie-Großstadt gelegene Wald ist, das Vorgehen der staatlichen Forstverwaltung den lebhaftesten Unwillen hervorgerufen. Der Magistrat ist durch einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ersucht worden, bei der Staatsregierung gegen die verstärkte Abholzung der Dölauer Heide aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege Einspruch zu erheben; ferner soll der Magistrat wegen Erwerbs der Heide, des eigentlichen hallischen Stadtwaldes, mit der Staatsregierung in Verbindung treten.

Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen,

1. **sofort Maßnahmen zu ergreifen, die die Forstverwaltung hindern, am Baumbestande der Dölauer Heide Raubbau zu treiben;**
2. **mit der Stadt Halle alsbald in Verhandlungen wegen des gewünschten Erwerbs der Dölauer Heide zu entgegenkommenden Bedingungen einzutreten.**

Berlin, den 5. Juni 1926.

Unwetterschäden in Mitteldeutschland

Gewitter und andauernde Regenfälle haben auch in Mitteldeutschland bereits Schäden verursacht. So gingen gestern nachmittag auch in der Gegend des **Kraftwerkes Zschornewitz** schwere Gewitter nieder, die **Störungen im mitteldeutschen Voltnetz** zur Folge hatten. In den Städten, die von Zschornewitz aus mit Strom beliefert werden, waren dadurch Licht und Kraft einige Zeit ausgeschaltet. In Leipzig lag sogar die Straßenbahn kurze Zeit still.

Ueber den Unwetterschaden bei Bruckdorf berichten wir an anderer Stelle.

10 Gebote

zum Volksentscheid

1. **Du sollst vom 6. bis 13. Juni bis 6 Uhr nachmittags in der Martinschule, Sophienstraße, oder wo sonst die für Dich zuständige Stelle ist, nachsehen, ob Du in die Stimmliste eingezeichnet bist.**
2. **Du sollst mithelfen, daß überall Betriebsversammlungen stattfinden, die zum Volksentscheid Stellung nehmen.**
3. **Du sollst mit den indifferenten und SPD.-Arbeitern Deines Betriebes diskutieren und die Initiative zur Bildung von Betriebs-Einheitskomitees ergreifen.**
4. **Du sollst Deine Gewerkschaft mobilisieren, damit sie sich an den Einheitskomitees beteiligt und sich für Aufhebung des ADGB.-Verbots einsetzt.**
5. **Du sollst keine Versammlung, auch nicht die des Gegners, vorübergehen lassen, ohne für den Volksentscheid zu werben und Propagandamaterial zu verbreiten.**
6. **Du sollst auch Sympathisierende zur Arbeit heranziehen und nicht nur auf Befehle warten, sondern auch eigene Initiative entfalten.**
7. **Du sollst stets Deine Sammellisten bei Dir haben und jede Gelegenheit benutzen, um Geldmittel für die Kampagne für den Volksentscheid zu beschaffen.**
8. **Du sollst bis zum 20. Juni intensivste Agitprop-Arbeit leisten und alle „Privat"-Angelegenheiten bis nach dem Volksentscheids-Tag zurückstellen.**
9. **Du sollst neue Parteimitglieder und „Klassenkampf"-Leser werben.**
10. **Du sollst stets daran denken, daß die KPD. in allen Bewegungen der Arbeiterklasse führend voranzugehen hat, und die Kampagne für den Volksentscheid mit den anderen Forderungen der Partei stets in Verbindung bringen.**

Verschiedentlich gehen bereits Meldungen ein, daß die Flüsse steigen. Es besteht also **Hochwassergefahr.**

Aus dem Mansfelder Seekreis wird berichtet: Im Fleischbachtal ging gestern nachmittag ein schweres Unwetter nieder. Der wolkenbruchartige Regen, begleitet von Hagelschlag, hat großen Flur- und Sachschaden angerichtet. Das Pflaster in den Dörfern ist unterspült und aufgerissen. Auch sind zum großen Teil die Feldfrüchte weggerissen worden, so daß die zu den besten Hoffnungen berechtigende Ernte vollständig in Frage gestellt ist.

Am 7. Juni gegen 8 Uhr nachmittags stürzte als Folge des starken Regens die vier Meter hohe hintere Umfassungsmauer eines Grundstückes in der Burgstraße in sich zusammen. Da weitere Einsturzgefahr bestand, wurden auf Veranlassung des Stadtbauamtes durch die Feuerwehr die gefährdeten Stellen der Mauer abgetragen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Am 8. Juni gegen 2.45 Uhr vormittags entstand in der Oberleitung der Straßenbahn auf dem Riebeckplatz vor der Landwehrstraße wahrscheinlich infolge des starken Regenfalles Kurzschluß. Die benachrichtigte Feuerwehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten.

Bruckdorf

Die Frau des Genossen Max Hoelz spricht am Donnerstag, dem 10. Juni, abend 8 Uhr im Lokal Böhme über „Klassenjustiz und politische Gefangene". Anschließend dann spricht Genosse Baumgärtel über „Amnestie und Volksentscheid". Arbeiter, erscheint in Massen.

Ammendorf

Der Arbeitsausschuß zur Durchführung des Volksentscheids trifft sich am Dienstag, dem 8. Juni, abends 8 Uhr im „Burgschlößchen".

Erwerbslosenversammlung. Am Mittwoch, dem 9. Juni, findet nachmittags 2 Uhr eine Erwerbslosenversammlung statt. Junge und erwachsene Erwerbslose erscheinen restlos.

Tagesordnung: Bericht von der Bezirkskonferenz. Unter anderem spricht ein jugendlicher Kollege von außerhalb.

Ammendorf

Der Rote Frauen- und Mädchen-Bund von Ammendorf veranstaltet am Mittwoch, dem 9. Juni, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" eine große öffentliche Kundgebung für den Volksentscheid. Eine Referentin der Gauleitung wird sprechen über die Bedeutung des Volksentscheids für die Arbeiterfrauen. Die Genossinnen treffen sich um 7 Uhr auf dem Eierplatz, um die Genossin der Gauleitung an der Schachtstraße zu empfangen. Alle Genossinnen haben sich daran zu beteiligen. Die Arbeiterfrauen von Ammendorf müssen in die Versammlung kommen und sich Aufklärung holen über die wahren Ursachen des ungeheuerlichen Fürstentaufs.

Könnern

Stadtverordnetensitzung. Auf der Tagesordnung steht erstens Kenntnisnahme von Licht- und Kraftverbrauch, von Kassenabrechnung und Revision, von der Kirchenverpachtung. Hierzu werden keine Einwendungen erhoben. In dem Bericht der gemischten Kommission betr. Wassergebührenordnung wurde festgestellt, daß der Magistrat die Anträge auf Aenderungen dieser Gebührenordnung abgelehnt hat. Dazu stellten die Arbeitervertreter den Antrag, eine Kommission aus zwei Beisitzern nach dem Bezirksausschuß (Regierung Merseburg) zu senden, um somit zu erreichen, daß die Wassergebührenordnung mit ihren Abänderungsanträgen zur Durchführung gelangt. Der bürgerliche Abgeordnete Hartung sprach gegen diesen Antrag und dessen Abänderungsanträge. Er wollte festgestellt wissen, daß die Abänderungen unsozial seien; sie belasten nämlich die bürgerliche Klasse. Ferner behauptete er, daß er viel sozialer denke als die Arbeitervertreter, er wurde aber eines anderen belehrt. Der Antrag wurde mit 8 Stimmen gegen 7 der Bürgerlichen angenommen. Zum 2. Punkt, Bericht vom Städtetag, sprach der Vorsteher Genosse Peter. An diesen Bericht schloß sich keine Diskussion an. Im Punkt 3, Wahl eines Wohnungskommissionsmitgliedes, wurde der Maurerpolier Ernst als Hausbesitzer gewählt. Zum 4. Punkt, Ankauf eines Bauplatzes, hatte die Regierung (Merseburg) ein Baugelände zur Errichtung einer zweiten Landtägerwohnung von 600 Quadratmeter gefordert, derselbe wurde mit 8 Stimmen abgelehnt. In Punkt 5, Nachträge zur Friedhofsordnung, war es dasselbe wie im 1. Punkt, unter dem die Arbeitervertreter beantragten, die Reihengräber den Hinterbliebenen unentgeltlich zu überlassen, dagegen die Erbbegräbnisse zu erhöhen. Auch hier machte der bürgerliche Vertreter Hartung die Einwendung, daß der Antrag unsozial sei. Der Antrag wurde dann der Kommission zur Revision mit 8 Stimmen gegen 6 der Bürgerlichen zurückverwiesen. Unter Verschiedenes lag ein Nationalisierungsantrag eines Russen (Schneidergeselle) vor, die Stadtverordnetensitzung stimmte dem Magistratsbeschluß zu. Zum Schluß hatten die Vertreter der KPD. und SPD. einen Dringlichkeitsantrag gestellt, welcher lautete, **daß die Plakatsäulen vom 6. bis 20. Juni 1926 der Propaganda zum Volksentscheid unentgeltlich zur Verfügung stehen.** Auch dieser Antrag wurde mit 8 Stimmen gegen 5 der Bürgerlichen bei 3 Enthaltungen (Bürgerliche) angenommen.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kred, Halle a. d. S., Kirchenfeldstraße 14.

Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Ein englischer Arbeiterroman von Robert Tressal

Trotz der Vorarbeiter auf dem Bau war, besaß er keineswegs besondere Fähigkeiten. Er war den meisten seiner Kollegen überlegen. Aber er gab vor, alles zu können, und, indem er sich dieses durchboxte und geschickt nach oben hin schmeichelte, hatte er seinen Posten erobert.

Er arbeitete er so wenig wie möglich. Dafür sah er um so genauer, daß die andern ordentlich heran mußten. Jeden, der in dieser Hinsicht nicht zufriedenstellte, denunzierte er bei Jäger „zweckmäßig" oder „zu langsam für ein Begräbnis". Die Folge war, der Mann am Wochenende entlassen wurde.

Es schien so dahingeing, kam es ihm zum Bewußtsein, daß er einmal für einen Tag oder sogar eine Stunde sein Schicksal ändern konnte.

Schließlich kam er vor seinem Hause an. Es war ein kleines, niedriges Haus, mitten in einer langen Reihe.

Eine Eingangstür führte in einen schmalen, mit Wachstuch ausgelegten Gang. Im Hintergrunde führte eine Treppe zum Obergeschoß. Die erste Tür links ging ins Wohnzimmer, das kaum zum Fuß im Durchmesser maß und ein Erkerfenster hatte. Das Zimmer wurde nur selten benutzt, und es war immer aufgeräumt und sauber.

Ein Sofa und die Stühle hatte Easton alt gekauft und selber ausgebessert. Tisch, Wachstuch, Kamingitter und steppich dagegen auf Abzahlung genommen und noch nicht abgezahlt. Außerdem hingen weiße Spitzengardinen und im Erker stand ein Blumenbuntisch, auf dem in billiger aber gefälliger Ausgabe Bibel lag.

Eine weite Tür im Flur, am Fuße der Treppe, führte in die Küche, das eigentliche Wohnzimmer. Von da kam man durch eine Tür in die Spülküche, und im ersten Stock waren zwei Schlafzimmer.

Als Easton ins Haus kam, trat seine Frau auf den Flur heraus und bat ihn, leise zu sein, denn das Kind war gerade eingeschlafen. Sie küßten einander und sie half ihm aus dem nassen Mantel. Dann gingen sie zusammen in die Küche.

Der Raum war ungefähr so groß wie das Wohnzimmer. An dem Ende stand ein Ofen mit einem Kessel und einem schwarzgestrichenen Kaminsims. Auf dem Sims stand eine runde Weckeruhr und ein paar blankgeputzte Blechbüchsen. Am anderen Ende, dem Feuer gegenüber, stand eine kleine Anrichte, in deren Fächern Teller und Schüsseln schön geordnet waren.

Leise gingen sie zur Wiege und sahen auf das Kind, das sich unruhig im Schlafe umherwarf. Sein Gesicht war sehr gerötet und die Augen bewegten sich unter den halbgeschlossenen Lidern. Ab und zu öffnete es ein wenig den Mund, so daß man den Gaumen sah. Dann begann es zu wimmern und zog die Knie wie im Schmerze an.

„Es scheint ihm was zu fehlen?" fragte Easton.

„Es werden die Zähne sein", erwiderte die Mutter. „Er ist den Tag über sehr unruhig gewesen und letzte Nacht hat er kaum geschlafen."

„Vielleicht hat er Hunger?"

„Nein, daran kann's nicht liegen. Heute früh hat er etwas Ei gekriegt und ein paarmal habe ich ihm die Brust gegeben. Außerdem kriegte er zum Mittag eine kleine Unterlasse mit Bratkartoffeln und Speckröschen."

Wieder wimmerte das Kind und wälzte sich mit verzerrten Lippen und entblößtem Gaumen umher. Die Knie waren eng an den Körper gezogen, die Fäuste geballt und das Gesicht purpurrot. Dann, nach zwei Sekunden, wurde es ruhig, der Mund schloß sich wieder, die Glieder verloren ihre Starrheit und das Kind schlummerte friedlich ein.

„Wird er nicht dünner?" fragte Easton. „Es kann ja Einbildung sein, aber mir kommt's so vor, als wäre er nicht mehr so dick wie vor drei Monaten."

„Nein, er ist nicht mehr ganz so dick", gab Ruth zu. „Die Zähne machen ihn elend; er findet kaum Ruhe."

Noch immer beobachteten sie das Baby. Ruth fand, es sei ein entzückendes Kind. Sonntag würde es acht Monate alt sein. Es tat ihnen leid, daß sie ihm die Schmerzen nicht erleichtern konnten, aber alles würde schon wieder gut werden, wenn die Zähne erst einmal da waren.

„Na, komm, wir wollen Tee trinken", sagte Easton schließlich.

„Ich wußte wirklich nicht, was wir heute abend essen sollten", sagte Ruth, während sie den Tee eingoß. „Ich hatte kein Geld mehr, und außer Brot und Butter und diesem Stück Käse war nichts mehr im Hause. So habe ich geröstete Käsebrote gemacht. Hoffentlich schmeckt's Dir, es war das beste, was ich tun konnte."

„Ach, es wird schon gut sein, es riecht ausgezeichnet und ich bin sehr hungrig."

Beim Tee erzählte Easton seiner Frau Lindens Mißgeschick und seine eigenen Besürchtungen. Beide waren sehr aufgebracht und bedauerten den armen alten Linden, aber ihr Mitleid mit ihm ging sogleich unter in der Sorge um ihre eigene Zukunft.

Schweigend saßen sie eine Weile am Tisch, dann fragte Easton:

„Wieviel Miete schulden wir?"

„Vier Wochen, und ich habe letztes Mal dem Verwalter versprochen, wir würden diesen Montag für zwei zahlen. Er war schon sehr ungehalten."

„Ja, dann werden wir's wohl zahlen müssen", meinte Easton.

„Wieviel kriegst Du denn morgen raus?" fragte Ruth.

Er fing an zu rechnen: Montag hatte er angefangen, heute war Freitag. Die Stunde zu sieben Pence, machte das ungefähr 24 Schilling, 9 Pence.

„Wenn wir zwei Wochen Miete zahlen, dann bleiben uns 12 Schilling zum Leben", sagte Easton.

„Aber wir können das noch nicht alles behalten", sagte Ruth, „wir haben noch andere Dinge zu bezahlen."

„Wart' mal 'n Augenblick", sagte Easton. „Wir werden alles aufschreiben was wir schulden. Dann wissen wir genau, woran wir sind."

„So, nun wollen wir mal sehen. Zuerst die Miete. Wieviel sind wir da schuldig?"

„Vier Wochen. Die drei, wo Du arbeitslos warst und nun diese."

„4 mal 6 ist 24 Schilling", sagte Easton und schrieb es hin. „Weiter."

„Beim Kaufmann 12 Schilling."

Easton sah erstaunt auf.

„12 Schilling? Ja, hast Du mir nicht gesagt, Du hättest die Schulden beim Kaufmann bezahlt?"

„Erinnerst Du Dich nicht, daß wir im Frühjahr 35 Schilling schuldeten? Das habe ich nach und nach während des Sommers abgezahlt, die letzte Rate in der Woche, wo Du Deine Arbeit verlorst. Dann hast Du drei Wochen wieder nichts gehabt, bis letzten Sonnabend, und da wir nichts hatten sparen können, so mußte ich eben wieder borgen."

Der Mann wurde ungeduldig.

„Nun", fragte er, „was noch?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0007

Der Kampf der englischen Bergarbeiter

Von John Pepper

Ueber einen Monat währt bereits der mächtige Kampf. Die Tattraft und die Geschlossenheit der Bergarbeiter sind bisher unerschüttert. Alle Versuche der Regierung, als Vermittler aufzutreten, erwiesen sich als ergebnislos. Diese Versuche bestanden übrigens einzig und allein in der schamlosen Unterstützung der Kohlenbarone, die den Bergarbeitern die Einwilligung zur sofortigen Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent und Bildung von Zwangsschiedsgerichten erpressen möchten. Die Kohlenmagnaten geben sich nicht einmal mit diesen Manövervorschlägen der Regierung zufrieden; abgesehen von der Senkung der Löhne möchten sie den Arbeitstag auf 8 Stunden verlängern und die Gewerkschaften zertrümmern. Jedoch ungeachtet aller Maklerversuche der Verräter in der Art von Hodges und Barlen, ein Kompromiß zustande zu bringen, setzen die Bergarbeiter nach wie vor standhaft ihren großen Kampf fort unter der Parole: „Keinen Penny weniger Lohn, keine Sekunde länger Arbeitszeit."

Man darf keinesfalls die gewaltige Bedeutung dieses Monats des Riesenstreikes der Bergarbeiter unterschätzen, wenn dieses gewaltige Ereignis auch etwas in den Hintergrund gedrängt worden ist durch noch gewaltigere Ereignisse: den Generalstreik und den Generalverrat der „Führer". Nicht weniger als 1¼ Millionen Bergarbeiter haben die Arbeit niedergelegt. Nicht weniger als der zwölfte Teil der Gesamtbevölkerung Großbritanniens ist in diesen großen Kampf einbezogen. Die exportierte Kohle bildet ihrem Werte nach ein Zehntel der gesamten englischen Ausfuhr und — was noch wichtiger ist — der Menge nach etwa vier Fünftel der gesamten Masse der exportierten Waren. Die Kohlenausfuhr ist die Grundlage für die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen nach Großbritannien. Wenn die Schiffe, die mit Rohstoffen und Lebensmitteln eintreffen, nach der Entleerung gezwungen sind, England ohne die übliche Kohlenladung zu verlassen, so wird dies zu einer außerordentlichen Steigerung der Produktionsspesen der britischen Industrie führen und seinerseits eine bedeutende Verteuerung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung Englands zur Folge haben.

Einen Monat Kohlenstreik, und die wirtschaftlichen Folgen des Kohlenhungers werden bereits ernsthaft empfunden. Manche Betriebe waren gezwungen, infolge des Kohlenmangels zu schließen. Der Zugverkehr wurde eingeschränkt und wird immer mehr desorganisiert. Unter diesen Umständen sind auch die weiteren Perspektiven des Bergarbeiterstreiks zu beurteilen. In einer seiner Parlamentsreden hat Churchill auf die Frage nach den Perspektiven folgende Antwort gegeben:

„Man kann sich von einem Streik, der zwei oder drei Wochen dauert, erholen, aber acht oder zehn Wochen werden tiefe Spuren im Leben der Gesamtbevölkerung hinterlassen. Ein Streik, der 12 bis 14 Wochen dauern würde, müßte das Land in eine schwierige Lage für ein bis zwei Jahre lang versetzen. Eine langanhaltende Arbeitsniederlegung in der Kohlenindustrie würde in sämtliche wirtschaftliche Lebensprozesse des Landes Zerfetzung tragen."

„Die Zunahme der Arbeitslosenziffer um 700 000 bis 800 000 wäre eine tragische Erscheinung. Die Aussichten für die Zukunft sind sehr ernsthaft, ja sogar entsetzlich."

Die Kapitalisten sehen der Zukunft mit wachsender Unruhe entgegen, der „Economist" erklärt sogar, daß ein langer Streik in der Kohlenindustrie seinen Folgen nach gefährlicher sei, als ein Generalstreik.

„Es ist für jedermann klar, daß, während der Generalstreik der Bevölkerung einen verhältnismäßig geringen Schaden zugefügt hatte, ein längerer Bergarbeiterstreik viel ernsthaftere Folgen haben kann. In den 13 Streikwochen im Jahre 1921 erreichte die Arbeitslosenziffer beinahe 2¼ Millionen, die Stahlindustrie wurde für drei Monate stillgelegt und dann wurde auch die Arbeit in den anderen Industriezweigen niedergelegt. Sollte sich das wiederholen, so wird die Frage nach Wiedereinstellung der Arbeiter, die Frage, von der wir hier so viel hören, ihre Bedeutung verlieren in Anbetracht der bitteren Notwendigkeit, eine neue gewaltige Anzahl von Arbeitern aufs Pflaster zu werfen. England genießt keineswegs den wirtschaftlichen Wohlstand, um sich den Luxus solcher Stillegungen zu gestatten."

Die zielbewußten Wortführer der britischen Bourgeoisie hegen also nicht die geringsten Illusionen und sind sich der Schwierigkeit der Lage wohl bewußt. Ein langdauernder Bergarbeiterstreik wird der gesamten britischen Industrie, dem gesamten britischen Außenhandel und der gesamten englischen Wirtschaft einen empfindlichen Schlag versetzen, und die Folgen dieses Schlages können auf Jahre hinaus empfunden werden. Die wirtschaftlichen Folgen müßten sich bald in Form sozialer Schwierigkeiten auswirken. Die Zertrümmerung des Eisenbahnverkehrs und der wichtigsten Zweige der Industrie wird die Zahl der Arbeitslosen katastrophal vermehren und wird die Gärung unter den englischen Arbeitermassen außerordentlich steigern.

Es ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Bergarbeiterstreik im weiteren Verlauf der Ereignisse sich zu einem politischen Streik auswachsen wird. Die Regierung hat freilich erklärt, daß sie diesen Streik als rein wirtschaftlichen Streik betrachtet und ihn deshalb als „legalen" Konflikt behandelt. Die bürgerlichen Parlamentarier, die Juristen und die Preise kennen sich in dieser Sache sehr „fein" aus, sie erklärten den Generalstreik als gesetzwidrig deshalb, weil er politische Ziele verfolgte; zugleich betonten sie den „rein ökonomischen Charakter" des Bergarbeiterstreiks. Gewiß, die Regierung hat bis jetzt die äußersten Mittel zum Kampf gegen die streikenden Bergarbeiter nicht angewandt, und diese vorsichtige Taktik der Bourgeoisie und der Regierung kann noch eine Zeitlang andauern. Der Ausnahmezustand bleibt jedoch in Kraft; er wurde auf Grund einer neuen königlichen Verfügung um einen ganzen Monat verlängert...

Die englische Bourgeoisie bekämpft jetzt schon sehr aktiv den Bergarbeiterstreik. Sie kämpft mit Hilfe ihrer Presse, ihrer Gerichte, ihrer Regierungsvertreter und -agenten, die sie unter der Arbeiterschaft hat. Eine aktivere Einmischung der Regierung bedeutet die Einmischung der Armee, der „freiwilligen" Verbände und der Streikbrecherorganisationen. Der zweite Monat des Bergarbeiterstreiks wird unvermeidlich eine politische Verschärfung der Lage nach sich ziehen. Der Niedergang des britischen Imperialismus hat ein für allemal der großen „Elastizität" der britischen Bourgeoisie und dem „gelunden" reformistischen Geiste der englischen Arbeiterklasse ein Ende bereitet. Die Zeiten der „rein wirtschaftlichen Streiks", die lediglich „rein gewerkschaftliche" Kampfmethoden bedeuten, rücken immer mehr in die Vergangenheit. Die bedingungslose Kapitulation des Generalrats und das Abblasen des Generalstreiks kennzeichnen noch nicht das Ende des Kampfes in England. Der Kampf geht weiter, nur mit dem gewaltigen Unterschied, daß die Arbeitermassen jetzt sich von vielen ihrer parlamentarischen Illusionen freigemacht haben und daß ihr Vertrauen zu ihren „natürlichen" und „bewährten" Führern immer mehr und mehr sinken wird.

Starke Autonomiebewegung im Elsaß. Die katholischen Blätter in Elsaß-Lothringen veröffentlichen einen Aufruf an alle Gläubigen, der mit 190 Unterschriften versehen ist. Gefordert wird die Autonomie Elsaß-Lothringens, die deutsche Sprache für die Schule, wohlkommene Autonomie der Eisenbahn, Respektierung der Gebräuche und Gewohnheiten, Schutz des Wein- und Ackerbaues und des Handels und der Industrie, Steuerreform und Berücksichtigung der „Tüchtigen" bei Vergebung von Beamtenstellen. Der Aufruf wendet sich gegen Chauvinismus, Imperialismus und Militarismus. Die Unterzeichner nennen sich begeisterte Pazifisten und fordern internationale Zusammenarbeit.

Schutz gegen Falschmünzerei. Die französische Regierung hat im offenbaren Zusammenhang mit den Frankenfälschungen in Ungarn an den Generalsekretär des Völkerbundes eine von Briand unterzeichnete Note gerichtet, in der diese beantragt, daß der Völkerbundsrat einen Sonderausschuß von internationalen Sachverständigen einsetzt, der die Vorarbeiten für den späteren Abschluß einer internationalen Konvention zum Schutze gegen Falschmünzerei aufnehmen soll.

Was fordern die Fürsten?

Einige Tatsachen, die nicht genügend bekannt sind

Die Anwälte der Fürsten reden in ihrer Presse von einem „Raub", der durch den Volksentscheid an den ehemaligen Landesfürsten vollzogen werden soll. In Wirklichkeit handelt es sich darum, den Raubzug, den die deutschen Fürsten planen, oder den sie teilweise schon, unter Mithilfe der Gerichte, vollzogen haben, durch die Entscheidung des Volkes zu verhindern, und das dem Volksvermögen entzogene Gut seinem ursprünglichen Eigentümer, also dem deutschen Volke, wieder zuzuführen.

Daß Raubabsichten nicht bei dem Volke, sondern bei den Fürsten bestehen, ergibt sich schon aus den Forderungen, die von den Fürsten erhoben worden sind. Die den Fürsten ergebene Presse schweigt diese Forderungen entweder tot, oder sie verdreht die Tatsachen so, daß Leichtgläubige zu der Auffassung kommen, den Fürsten solle lediglich eine Rente zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes gewährt werden, und dagegen könne sich doch kein rechtlich Denkender wenden.

Was verlangen die deutschen Fürsten? Es handelt sich um 20 vormals regierende Häuser, die abgefunden werden sollen, und ihre Ansprüche an den Staat sehen so aus:

1. Landwirtschaftliche Güter und Forsten:
15 Herrschaften, 3 Krongüter, 24 Rittergüter, 64 Güter, 20 Domänen, 3 Freigüter, 7 Rentämter, 9 Amtsgüter, 21 Oberförsterei en, zahlreiche Pachtgüter, Parzellen, Vorwerke, Seen, Mühlen usw. Dazu das lebende und tote Inventar. Insgesamt 2 000 000 Morgen (= 500 000 Hektar).

Mindestwert 1000 Mill. Goldmark.

2. Etwa 100 Schlösser:
Schloß Bellevue (36 Mill. Goldmark), Schloß Wilhelmshöhe (35 Mill. Goldmark), Schloß Hannover (20 Mill. Goldmark), Schloß Breslau (31 Mill. Goldmark).

Mindestwert 500 Mill. Goldmark.

3. 92 Nutzungsgrundstücke

Mindestwert 200 Mill. Goldmark.

4 Jahresrenten

Mindestwert 100 Mill. Goldmark.

5. Gold-, Silber-, Kunstschätze

Mindestwert 500 Mill. Goldmark.

6. Bargeld Mindestwert 300 Mill. Goldmark.

Insgesamt: 2600 Mill. Goldmark.

Diese Summe ist eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Die Regierungen weigern sich beharrlich, genau Auskünfte über den Wert der Besitztümer zu geben, auf die die Fürsten Anspruch erheben. Unzureichend sind vor allem die Angaben über die Höhe des Privatkapitals, das von den Fürsten bei den Banken auf Hypotheken, Aktien oder Obligationen investiert ist. Desgleichen ist keine Auskunft zu erlangen über die bei **ausländischen Banken** ruhenden Kapitalien. Sie müssen aber sehr hoch sein.

Die Mecklenburger allein haben z. B. schon vor dem Kriege bei der Bank von England einen Schatz von 105 Millionen Mark hinterlegt als Notgroschen für etwaige schlimme Zeiten.

Andere Fürsten haben es ihnen gleichgetan. Es gibt keinen einzigen, dessen treudeutsche Gesinnung ihn abgehalten hätte, Kapitalien bei ausländischen Banken sicherzustellen. Wir können somit annehmen, daß allein durch den Barbesitz bei ausländischen Banken sich der Gesamtwert der fürstlichen Vermögensobjekte um einige hundert Millionen erhöht und daß somit der Gesamtbesitz ohne weiteres auf

drei Milliarden

zu veranschlagen ist.

Bleiben wir aber bei dem aktenmäßig nachweisbaren Betrag von 2600 Millionen beträgt der Gesamtwert! Was heißt das? Die Inflation hat mit ihren schwindelerregenden Ziffern die Begriffe verwirrt. Wir müssen also an Beispielen zeigen, welcher Wert hinter diesen 2600 Millionen verbirgt.

1. Der Land- und Forstbesitz, von dem die Fürsten sich anmaßen, daß er ihr Eigentum sei — **2 Millionen Morgen** oder **500 000 Hektar** —, umfaßt ein Gebiet, größer als ein Drittel Elsaß-Lothringens oder ein **Gebiet von der Größe des Freistaats Oldenburg.** Auf dieser Fläche könnten hunderttausend mittlere Bauernstellen mit je 20 Morgen Land errichtet werden. Jedes dieser Gehöfte würde eine fünfköpfige Familie voll ernähren.

Die Gesamtfläche würde somit Leben und Brot für 500 000 Menschen bieten können.

Von dem Warenverbrauch dieser Menschen könnten, wenn man nur 300 Mark Verbrauch pro Jahr und Person rechnet, 50 000 Menschen leben. Durch Herstellung und Verteilung dieser Waren würden, wenn man als Lebensunterhalt 2000 Mark pro Jahr und Familie rechnet, weitere 60 000 Menschen leben können.

Die **100 Fürstenschlösser** in Genesungs- und Versorgungsheime Kriegsbeschädigte, -witwen und -waisen umgewandelt, würden, wenn man den Lebensunterhalt der Insassen aus dem Mietertrag der 92 Nutzgrundstücke bestreiten würde, **Leben und Wohnung für weitere 30 000 Menschen bieten.** Hier mag eingeschaltet werden, daß im Reichshaushaltsplan 1925 für Kriegsinvalidenhäuser der ganzen nur 68 114 Mark eingesetzt worden sind.

Der Barbesitz, auf den die Fürsten Anspruch erheben — 300 Millionen Mark kapitalisierte Jahresrenten, 500 Millionen Mark Gold-, Silber- und Kunstschätze, 300 Millionen Mark Bargeld —, verkörpert einen Wert in Höhe von 75 Prozent des gesamten Goldbestandes der Reichsbank, auf dem die deutsche Währung basiert. Dieses produktive Kapital angelegt, würde dieser Betrag nach vorsichtiger Schätzung Leben und Brot für 400 000 Menschen bieten können.

Insgesamt bedeuten also die Fürstenforderungen:

Leben und Brot für ewige Zeiten für 1 040 000 Menschen.

2600 Millionen Goldmark —, das sind 10 Prozent des Reichsvermögens der gesamten deutschen Kulturproduktion, die nach der Reichsstatistik für 1924 mit 2 430 000 Mark berechnet wird, und in der es 662 651 Arbeiter beschäftigt werden.

2600 Millionen Goldmark —, das sind 155 Prozent der gesamten Ersparnisse des deutschen Volkes, die nach der Reichsstatistik 1 676 000 Millionen Mark betragen.

2600 Millionen Goldmark —, das sind 325 Prozent der Dawes-Anleihe, die 800 833 650 Mark betrug.

Erfüllung der Fürstenforderungen bedeutet also Hergabe des gesamten Ersparnisse des deutschen Volkes in Höhe von 1 876 500 000 Goldmark und außerdem Hergabe eines Betrages in Höhe von 115 Prozent der Dawes-Anleihe = 921 500 000 Goldmark.

Die Dawes-Anleihe mußte in acht außerordentlichen Staaten (Amerika, England, Belgien, Holland, Frankreich, Italien, Schweden, Schweiz) aufgebracht werden. Sie war nach Gutachten der internationalen Sachverständigen notwendig zur Ankurbelung der Wirtschaft und zur Verhütung eines nahenden Zusammenbruchs. Wertvolle Teile des deutschen Vermögens darunter die Reichseisenbahn, mußten verpfändet werden.

Jetzt soll ein mehr als dreifacher Betrag dieser Anleihe an desertierten und ausgerissenen Landesväter ausgehändigt werden.

Eine Verzinsung der Fürstenforderungen von 2600 Millionen Mark zu 6% Prozent würde jährlich 175 500 000 Mark erfordern. Die Gesamtrenten der 746 400 Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen könnten mit diesem Zinsertrag mehr als verdoppelt werden. Denn im Reichshaushaltsplan sind für Kriegsbeschädigte und Altersrenter 171 535 000 Mark eingesetzt.

Die vorstehenden Zahlen und Vergleiche sind während des Volksentscheidsbegehrens von vielen Zeitungen veröffentlicht worden. Man konnte sie finden in Broschüren und Flugblättern. Trotzdem sind noch immer nur einem Bruchteil der Bevölkerung bekanntgemacht, denn die überwiegende Mehrzahl der Zeitungen verheimlicht ihren Lesern diese Ziffern. Sie zu wiederholen, und zwar ständig, zu verbreitlichen und durch neue Beispiele und Vergleiche, halten wir daher für eine dringende Pflicht des Tages.

Aus dem Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages

Die Marx-Regierung lehnt jede Verbesserung des Mutterschutzes ab

Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages kamen am Sonnabend die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Gewährung der unentgeltlichen Hebammenhilfe bei Geburten, auf Erhöhung der einmaligen Unterstützung und Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes zur Beratung, in Verbindung mit einem Antrag der Regierung Marx, die jetzigen Zuwendungen des Reichs zur Wochenhilfe ganz zu streichen.

Der kommunistische Antrag fordert: Unentgeltliche Hebammenhilfe, einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 Mark, Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes, mindestens jedoch 2 Mark täglich für 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft. Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes, mindestens 1 Mark täglich für die Dauer von neun Monaten. Die Sozialdemokraten fordern in ihrem Antrag die Erhöhung der einmaligen Beihilfe von 25 auf 50 Mark des Wochengeldes auf 1 Mark täglich, des Stillgeldes auf 50 Pfennig täglich. Ferner verlangen sie die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Anträge der bürgerlichen Parteien lagen dem Ausschuß nicht vor. Als Regierungsvertreter eröffnete der Ministerialdirektor Grieser sofort die Beratung mit einer Rede, in der er nicht nur die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ablehnte, sondern auch jede Erhöhung, sei es der einmaligen Unterstützung, sei es Wochen- oder Stillgeldes, brutal ablehnte.

Die Abgeordnete Schröder der Sozialdemokratischen Partei erklärte, der kommunistische Antrag sei sachlich absolut berechtigt, wenn die Sozialdemokratie sich aber auf niedrigere Sätze beschränkt hatte, so lediglich mit Rücksicht auf die Lage der Krankenkassen und die allgemeine Wirtschaftslage.

Die Kommunisten forderten die Annahme ihrer Anträge besonders angesichts der zunehmenden Verschlechterung der Lage der breitesten Volksschichten. Sie charakterisierten das unerhörte Verhalten der Regierung Marx, die trotz ihrer parlamentarischen Abhängigkeit von der Sozialdemokratie es wage, in dieser wichtigen bevölkerungspolitischen und sozialen Frage jede Verbesserung brutal abzulehnen. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens sei unbedingt erforderlich, aber dabei dürfte es nicht bleiben. Auch das Verhalten der bürgerlichen Parteien sei bezeichnend.

Die Abgeordnete Teusch vom Zentrum erklärte sich für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, für die Ausdehnung der Wochenhilfe auf 8 Wochen. Die Erhöhung des einmaligen Beitrages muß man sich überlegen. Zur Frage des Wochen- und Stillgeldes schwieg sie sich zentrumsschrifftlich aus.

Die Deutschnationalen, die Bayrische Volkspartei und die Völkischen schwiegen sich überhaupt aus. Demokraten und Deutsche Volkspartei erklärten, später Stellung nehmen zu wollen.

Die ganzen Anträge und Gesetzentwürfe wurden daraufhin einem Unterausschuß überwiesen.

Pfaffen evangelischer und katholischer Richtung einig

Die Gesamtheit der deutschen Bischöfe — also die katholische Fakultät im Verdummungsapparat der Bourgeoisie — und der deutsche evangelische Kirchenausschuß — die evangelische Richtung mit demselben Zweck — erlassen je einen Aufruf gegen den Volksentscheid.

Wenn sich die Pfäffleln beider Richtungen auch sonst gar grimmig befehden, hier handelt es sich nicht darum, ob ein Schluck saueren Weins und eine Oblate der Leib Christi sind oder bedeuten, hier handelt sich nach den evangelischen Formulierungen um die „klaren, unzweideutigen Grundsätze des Evangeliums" und nach der katholischen Terminologie „Vergewaltigung der Rechte anderer", die sich vereinbar ist mit den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes.

Zwei Formulierungen für dieselbe Sache: Ankündigung des Kampfes gegen das wertätige Volk.

Landarbeiterstreik

Auf dem Rittergut Stolpe in Pommern ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Polizei griff sofort ein und hat 3 Schnitter verhaftet. — Die Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter sind derart, daß die Landarbeiter überall zu Demonstrationen und Streiks schreiten. Aufgabe des Landbundes wäre es, die Kämpfe der Landarbeiter zusammenzufassen, einheitlich zu führen und mit den Kämpfen der Industriearbeiter und der Erwerbslosen zu verbinden.

Neues vom Tage

Dreimal „unterflogen"

Köln, 5. Juni. Der Flugpilot Hans-Joachim v. Hi[illegible] hat die Kölner Rheinbrücken dreimal nacheinander mit einem Flugzeug unterflogen.

Mord an zwei Kindern

Breslau, 6. Juni. Gestern abend wurde an der Mauer der Technischen Hochschule von einem Wächter ein großes verschnürtes Paket gefunden. Darin waren Körperteile von 2 Kindern im Alter von 11 und 8 Jahren, und zwar von einem Knaben und einem Mädchen. Die Eltern der Kinder wurden noch in der Nacht festgestellt. Für die Ermittlung des Täters ist beim Regierungspräsidenten eine namhafte Belohnung beantragt worden.

Schweres Autounglück

München, 6. Juni. Heute vormittag 10 Uhr ereignete sich auf der Ingolstädter Straße in der Nähe von Schleißheim ein schweres Autounglück. Der Wagen eines Münchener Direktors geriet ins Schleudern und stürzte um. Der Direktor, der seine Tochter chauffierte, war sofort tot. Seine beiden 15 und 17 Jahre alten Töchter sowie ein mitfahrender Betriebsleiter wurden schwer verletzt, während der gleichfalls mitfahrende Sohn des Direktors unverletzt blieb.

Hochwasser der Neiße

Görlitz, 6. Juni. Infolge der starken Regenfälle ist die Neiße bis heute mittag auf 2,86 Meter gestiegen. Normalstand 1,20 Meter. Die Fluten sind in den Neißeanlagen bis zur Eisenbahnbrücke gedrungen. Teilweise sind die Wege unpassierbar. In der Altstadt stehen die Gärten an der Prager Straße und die Bleiche im Wasser. Die Neißeinsel und weite Wiesenflächen sind überschwemmt.

Hochwasser auch in Württemberg

Stuttgart, 6. Juni. Durch die schweren anhaltenden Regen in der letzten Zeit sind die württembergischen Flüsse und Bäche stark geschwollen, daß sie an verschiedenen Orten aus den Ufern getreten sind und schwere Schäden angerichtet haben. In Friedrichshafen am Bodesee wurde der größte Teil des Luftschiffgeländes mit dem Maybach-Motorenbau vom Wasser überschwemmt. Die Stadt am See sind kaum passierbar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260608-16/fragment/page=0008